

Josef Schüßlburner

V.

Diskussion über SPD-Verbot, jetzt! Würdigung der Sozialdemokratie nach der Methodik des Verfassungsschutzes

Stand: 30.08.2025

*Und es entstand die erste, die goldene Zeit: ohne Rächer, ohne Gesetz, von selbst bewahrte man Treue und Anstand. Strafe und Angst waren fern; kein Text von drohenden Worten...*¹

*Es gibt einen Standort der Freiheit, von dem aus die parlamentarische Demokratie ... in Bausch und Bogen zum alten Eisen geworfen werden muß. Ich beziehe diesen Standort, wenn es darum geht, die Dinge im großen Zusammenhang durchzudenken, um zu einem in sich geschlossenen System wünschbarer Weltorganisation zu kommen.*²

*Heil Dir, Lassalle!*³

„SPD-Verbot jetzt!“, so einmal die Forderung der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ)*.⁴ Dieses allerdings ironisch gemeinte Ansinnen, wofür auch stehen könnte: „SPD in den Verfassungsschutzbericht jetzt!“⁵ wird damit „begründet“, daß die „Geschichte der deutschen Sozialdemokratie... sie als das gemeingefährlichste Gesundheitsrisiko für die geistige Stabilität der Wähler“ ausweise, „das jemals in irgendeinem Land der Welt Virulenz entfalten durfte.“ Damit ist gemeint, daß die Sozialdemokratie, sofern sie erfolgreich regiert oder ihr zumindest nach den zur politischen Moralität führenden Kategorien der freiheitlichen demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland kein Vorwurf gemacht werden kann, gar nicht so sozialdemokratisch handelt wie dies ihre Anhänger eigentlich erwarten und wie auch die politischen Lieder erwarten lassen, in denen „die letzten Schlacht“ „heilig“ genannt und zu diesem Zwecke „das Sterben verlacht“⁶ wird: Der kollektive Einheitsmensch, der sich durch brüderliches Händeneinanderlegen bildet, lebt ja ewig!⁷

Das von ihrem Liedergut glücklicherweise in der Regel abweichende Verhalten dieser Partei mag dabei auf einen Mangel an Mut oder auf bessere Einsicht zurückzuführen sein. Jedoch

¹ So der römische Dichter *Ovid* über das goldene Zeitalter, das man unwiderruflich verloren wußte, während manche Sozialdemokraten es - immer noch - mit politischen Mitteln verwirklichen wollen!

² So *Erich Kuby*, in: *Martin Walser* (hgg.), *Die Alternative oder Brauchen wir eine neue Regierung?*, 1961, S. 153, also in einem Gemeinschaftswerk von Linksintellektuellen, die für eine Regierung *Brandt* (SPD) eintraten; die Ideologiekomplexe Verfassungsschutz, Antiparlamentarismus und internationale Einbindung sind dabei in Anlehnung an *Nelson* (s. weiter im vorliegenden Beitrag), den eigentlichen Vater des den Abkehr der SPD vom totalitären Marxismus markierenden Godesberger Programms von 1959, erhellend als sozialdemokratische Freiheitskonzeption zusammengefaßt.

³ Beginn eines Gedichts zum Geburtstag von *Ferdinand Lassalle* vom Handarbeiter *A. Hinze*, in: *Social-Demokrat*, Nr. 56 vom 5.5.1865; es wird damit deutlich, wo der sozialistische Führerkult historisch zu verorten ist.

⁴ S. *FAZ* vom 15.04.2005, S. 33.

⁵ Daß es beim VS-Bericht um eine verfassungswidrige Vorwirkung eines Parteiverbots geht wird dargestellt im 25. Teil der Serie zum Parteiverbotssurrogat: „**Verbotsdiskussion**“ als verfassungswidrige Vorwirkung des Parteiverbots <https://links-enttarnt.de/wp-content/uploads/2020/12/Surrog25-Verbotsvorwirkg.pdf>

⁶ <https://soundcloud.com/arbeiterlieder/brder-zur-sonne-zur-freiheit>
bzw. (DGB-Kongreß) https://www.youtube.com/watch?v=nG_anKAaq_k
der Text des SPD-Sonnenliedes:

http://www.lieder-archiv.de/lieder/show_song.php?ix=300532

⁷ Eine Analyse des Sonnenliedes „**Brüder, das Sterben verlacht...**“- Gnostischer Mythos als Gemeinsamkeit der Sozialisten findet sich als 9. Teil der Serie zur Sozialismusbewältigung <https://links-enttarnt.de/wp-content/uploads/2020/10/Sozialismusbewaeltigung-Teil-9.pdf> dort sind auch die weiteren Strophen ersichtlich, die zum Verständnis der von der SPD gesungenen ersten drei Strophen nicht verschwiegen werden können, sondern vorausgesetzt werden müssen.

führt dieses von nicht-sozialistischen Gegnern der SPD durchaus begrüßte Abweichen der SPD-Politik von ihrer weltanschaulichen Konzeption und emotionalen Stimmung, was für diese Partei schon immer kennzeichnend gewesen ist, zu einer durchaus ernst zu nehmenden Problemstellung: Mit einiger Berechtigung ist nämlich angenommen worden, daß sich die Begründung des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG) für das Verbot⁸ der (übrigens aus der SPD hervorgegangenen) Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) beinahe wie eine nachträgliche Rechtfertigung des gegen die SPD gerichteten Sozialistengesetzes des sog. Obrigkeitsstaates⁹ ausnehme.¹⁰

Inkubation des Totalitarismus in der Sozialdemokratie

Dies würde bedeuten, daß die SPD auch bei Geltung des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland (GG) und bei Anwendung der primär gegen Parteiideen und -programmatik gerichteten Verbotskonzeption des Bundesverfassungsgerichts verboten, zumindest der Verfassungsschutzbeobachtung mit Auflistung in einem Verfassungsschutz-Bericht als Parteiverbotsersatz¹¹ unterworfen werden könnte, wenn das von der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands - wofür seinerzeit das Kürzel „S(A)PD“ stand - im Jahre 1875 beschlossene Gothaer Programm¹² oder das nachfolgende Erfurter Programm von 1891¹³ noch Gültigkeit hätten.¹⁴ Da sich die heutige SPD noch immer stolz auf diese Tradition bezieht,¹⁵ ist dies unter dem Gesichtspunkt des bundesdeutschen „Verfassungsschutzes“ (VS) durchaus von aktueller Bedeutung; denn schließlich hält oder hielt (die VS-Ideologie wird gelegentlich den jeweils aktuellen parteipolitischen Bekämpfungsbedürfnissen entsprechend etwas modifiziert) der „VS“ etwa die „Neue Rechte“ vor allem deshalb für „verfassungsfeindlich“ und damit letztlich als (partei-)verbotsbedürftig, weil sie etwa an die Ideenströmung der „konservative Revolution“ der 1920er Jahre anknüpfen würde: Ideen sind nämlich für die bundesdeutsche Staatsordnung gefährlich!

Die verfassungsfeindlichen Folgen, die die politische Verwirklichung der humanitaristischen SPD-Programmatik der 1890er Jahre gehabt hätte, werden schlüssig in der Schrift *Sozialdemokratische Zukunftsbilder* des linksliberalen Reichstagsabgeordneten *Eugen Richter*¹⁶ von 1892 dargelegt.¹⁷ Bei dieser Darstellung der Abläufe eines unterstellten absoluten Wahlerfolgs der *Bebel-SPD* wird einem gewahr, wie genau die Mechanismen, die in der

⁸ S. BVerfGE 5, 85 ff.

⁹ S. dazu die Ausführungen im 5. Teil der Serie Parteiverbotskritik: **Die Bundesrepublik - der freieste Staat der deutschen Geschichte?** <https://links-enttarnt.de/wp-content/uploads/2020/09/Parteiverbotskritik-Teil-5.pdf>

¹⁰ So *Wolfgang Abendroth*, Antagonistische Gesellschaft und politische Demokratie, Aufsätze zur politischen Soziologie, 1967, S. 152.

¹¹ S. hierzu die Beiträge der entsprechenden Serie:

<https://links-enttarnt.de/kritik-des-partieverbotssurrogats-uebersicht>

¹² S. <https://www.marxists.org/deutsch/geschichte/deutsch/spd/1875/gotha.htm>

¹³ S. <https://www.marxists.org/deutsch/geschichte/deutsch/spd/1891/erfurt.htm>

¹⁴ Die Programme sind auch abgedruckt und werden eingehend behandelt bei *Susanne Miller*, Das Problem der Freiheit im Sozialismus. Freiheit, Staat und Revolution in der Programmatik der Sozialdemokratie von Lassalle bis zum Revisionismus-Streit, 1964, S. 308 ff.

¹⁵ Daß man diese auch anders bewerten kann, ist Gegenstand des 3. Beitrags zur Sozialismusbewältigung: **Zur Bewältigungsbedürftigkeit der Sozialdemokratie**

<https://links-enttarnt.de/wp-content/uploads/2020/10/Sozialismusbewaeltigung-Teil-3.pdf>

¹⁶ S. zu *Eugen Richter*: https://de.wikipedia.org/wiki/Eugen_Richter

¹⁷ Abgedruckt in: Der Traum vom besten Staat, hgg. von *Helmut Swoboda*, 1987, S. 345 ff.; Neuauflage mit Inhaltsverzeichnis und Leseproben s. bei:

<http://lichtschlag-buchverlag.de/programm/EugenRichter/SozialdemokratischeZukunftsbilder>

späteren „Deutschen Demokratischen Republik“ („DDR“) zum „17. Juni“ führen sollten,¹⁸ sich bis in Rechtfertigungselemente und Mentalitätsschilderung hinein aus der Logik sozialdemokratischer Programmatik und Utopieverwirklichungssehnsucht („euer Sehnsucht Verlangen“ im Sinne des Sonnengesangs, das „Himmel und Nacht überschwillt“) voraussagen ließen. *Richter* konnte natürlich nicht die DDR-Gründung durch die Sowjetarmee voraussehen, sondern er sagte mit einer frappierenden Plausibilität ein ähnliches Regime nach einem Wahlsieg der zeitgenössischen SPD, bezogen auf das gesamte Deutsche Reich voraus. Die Grenzflucht wegen der Erhöhung der Arbeitsnormen findet in der Negativutopie von *Richter* daher über die Schweiz statt. Die Schutzmänner, denen schließlich aufgetragen wird, von der Schußwaffe Gebrauch zu machen, tragen aus Gründen der Abgrenzung von der Polizei des „Obrigkeitsstaates“ keine blauen, sondern braune Uniformen! Damit dürfte überzeugend nachgewiesen sein, daß die „Deutsche Demokratische Republik“ im ideologie-historischen Kontext eine sozialdemokratische Möglichkeit dargestellt hat, zumal sich der Kommunismus, der den „realen Sozialismus“ der „DDR“ mit Hilfe mitwirkungsbereiter Sozialdemokraten wie dem früheren Justizminister des Landes Braunschweig, *Otto Grotewohl* (1894-1964),¹⁹ verwirklichen sollte, unbestreitbar aus der SPD eines *Bebel*²⁰ hervorgegangen ist. Und wenn es darauf ankommt, ist die SPD durchaus bereit, die DDR-Diktatur als Möglichkeit der Demokratieverwirklichung zu akzeptieren: nicht anders kann man den berüchtigten SPD-SED-Dialog einordnen.²¹

Das Selbstverständnis der SPD, das ihr zumindest einen moral-politischen Wettbewerbsvorteil gegenüber der parteipolitischen Konkurrenz sichern soll, stellt sich allerdings etwas anders dar: Es handelt es bei ihr danach um die „eigentliche demokratische“ Partei Deutschlands, die mit (fast!) unveränderter Namensbezeichnung mehrere Systemwechsel überstanden und wegen ihres Eintretens für Demokratie und Freiheit Diskriminierung und Verfolgung erlitten hat. In der Tat wird der Leser der angeführten Parteiprogramme versucht sein, diesem Selbstverständnis etwas abzugewinnen, wenn er von der (mittlerweile in der Tat befremdlichen) „Abschaffung aller Gesetze, welche die freie Meinungsäußerung und das Recht der Vereinigung und Versammlung einschränken oder unterdrücken“ liest (werden nunmehr der ideologisch ausgerichtete Verfassungsschutz und die auch gegen Zeitschriften gerichtete Vereinsverbotspraxis einer SPD-Innenministerin wirklich abgeschafft?) und die Forderung nach dem allgemeinen, gleichen und direkten Wahl- und Stimmrecht mit geheimer Stimmabgabe ohne Unterschied des Geschlechts zur Kenntnis nimmt. Wie kann sich aber aus einer derartigen, sicherlich „demokratisch“ zu nennenden, ansonsten relativ dürftigen Programmatik so etwas wie die von *Richter* aufgrund dieser Programmatik vorausgesagte gesamtdeutschen „DDR“ ergeben? Zum einen könnte dies nach den Bewertungskategorien des bundesdeutschen „Verfassungsschutzes“ auf die unverkennbar identifizierbare anti-parlamentarische Einstellung, die insbesondere im Gothaer Programm (modifiziert im Erfurter) mit der Forderung nach direkter Volksgesetzgebung²² und auf die letztlich gegen das Gewaltenteilungsprinzip gerichtete Forderung auf „Rechtsprechung durch das Volk“ zurückgeführt werden.

¹⁸ S. zu diesem von der etablierten politischen Klasse gemiedenen Gedenktag und ursprünglichen Feiertag: **17. Juni 1953: Das (deutsche) Volk gegen links – die DDR als BRD-Zerrspiegel und ihre Einordnung in die politisch linke Tradition Deutschlands**

<https://links-enttarnt.de/wp-content/uploads/2020/10/Das-Volk-gegen-links.pdf>

¹⁹ S. https://de.wikipedia.org/wiki/Otto_Grotewohl

²⁰ S. https://de.wikipedia.org/wiki/August_Bebel

²¹ S. dazu den 32. Teil der Serie zur Sozialismusbewältigung: **SPD akzeptiert DDR-Demokratie: Was besagt das SPD-SED Dialogpapier angesichts der „Brandmauer gegen rechts“?**

<https://links-enttarnt.de/wp-content/uploads/2025/03/SoziBwltg-XXXII-SPD-DDRDemo.pdf>

²² S. *Miller*, a. a. O., S. 101, spricht insofern von der „Ablehnung des Repräsentativsystems“.

Nach der vom Bundesverfassungsgericht insbesondere beim SRP-Verbot angewandten Unterstellungsmethodik ergibt sich zum anderen diese verfassungsfeindliche Tendenz vor allem aber aus dem sogenannten „geheimen“ Parteiprogramm,²³ d.h. aus den Reden führender Politiker und ihren Aufsätzen in der Parteipresse. Hierbei wäre etwa darauf hinzuweisen, daß der nachträglich zum Parteigründer ernannte *Lassalle*²⁴ seinen Anhängern eingeschärft hatte, daß er mit seiner Forderung auf Einführung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts „Revolution“²⁵ meine: Damit wird „Wahlrecht“ das „Code-Wort“ (VS-Terminologie) für eine im Zweifel doch nach Blut riechenden Herrschaftsausübung, die in der Tat der Vorstellung von *Lassalle* entsprochen hat²⁶ und dann der Forderung nach allgemeiner Wehrhaftigkeit und „Volkswehr an Stelle der stehenden Heere“ einen besonderen Sinn verleiht, den man nach bundesdeutschen Kategorien als „verfassungsfeindlich“ kennzeichnen müßte.

Im Falle der SPD ist allerdings die nach VS-Methodik zur Identifizierung von „Verfassungsfeinden“ und damit Verbotskandidaten zu ermittelnde „geheime“ Programmatik dann gar nicht „so geheim“ gewesen. Man braucht dazu die Begründung²⁷ von *Eduard Bernstein*, der im neueren SPD-Selbstverständnis häufig als Beleg für die Überwindung des parteiamtlichen Marxismus angeführt wird, für diese demokratischen Grundsätze lesen: „Die Entscheidung durch Mehrheitsbeschluß macht nicht das Wesen der Demokratie aus, wie diese heute zu verstehen ist. Wesentlich für die Demokratie in der Gegenwart ist die Selbstbestimmung bei gleichem Rechte und freiem Wort. Jede Beeinträchtigung des freien Wortes ist Beeinträchtigung der Demokratie.“

„In diesem Satz sind „heute“ und „Gegenwart“ wichtig“,²⁸ weil dies in der Tat eine erhebliche, den Zeitumständen, vor allem der Parteitaktik geschuldete Relativierung des Demokratieprinzips ermöglicht, die ihren Ausgangspunkt allerdings in folgender Aussage von *Friedrich Engels* hat:

„Die Kommunisten, weit davon entfernt, unter den gegenwärtigen Verhältnissen mit den Demokraten nutzlose Streitigkeiten anzufangen, treten vielmehr für den Augenblick in allen praktischen Parteifragen selbst als Demokraten auf. Die Demokratie hat in allen zivilisierten Ländern die politische Herrschaft des Proletariats zur notwendigen Folge, und die politische Herrschaft des Proletariats ist die erste Voraussetzung aller kommunistischen Maßregeln. Solange die Demokratie noch nicht erkämpft ist, solange kämpfen Kommunisten und Demokraten also zusammen, solange sind die Interessen der Demokraten zugleich die der Kommunisten.“²⁹

²³ „Ohne weiteres leuchtet ein, daß die Ziele, aus denen sich die Verfassungswidrigkeit einer Partei ergeben könnte, niemals offen verkündet werden“; s. BVerfGE 5, 85, 144 im Falle der KPD; das SRP-Verbot ist fast nur auf das „geheime Parteiprogramm“ gestützt worden, obwohl doch nach der Bewältigungsideologie der historische Bezugspunkt seine Programmatik so offen verkündet haben soll, daß man den Deutschen zu viel Freiheit einfach wegverbieten muß.

²⁴ S. https://de.wikipedia.org/wiki/Ferdinand_Lassalle

²⁵ S. Nachweis bei *Dieter Groh*, Negative Integration und revolutionärer Attentismus. Die deutsche Sozialdemokratie am Vorabend des Ersten Weltkrieges, 1973, S. 57.

²⁶ S. zu diesem den Aufsatz des Verfassers: Sozialismus als deutsche Weltherrschaft. Wiederkehr der verdrängten Lehren Lassalles. Über die sozialdemokratischen Wurzeln des Nationalsozialismus, in: *eigentlich frei*, Heft 79, S. 48 ff.

²⁷ S. *Eduard Bernstein*, Sozialdemokratische Völkerpolitik, 1917, S. 13.

²⁸ So zu Recht die Analyse von *Caspar v. Schrenck-Notzing*, Zukunftsmacher. Die neue Linke in Deutschland und ihre Herkunft, 1971, S. 85.

²⁹ Zitiert bei *Konrad Löw*, Das Rotbuch der kommunistischen Ideologie. Marx & Engels - Die Väter des Terrors, 1999, S. 56.

Friedrich Engels, eine für die SPD wohl immer noch maßgebliche Person, hat ihn doch noch der SPD-Vorsitzende und Friedensnobelpreisträger *Willy Brandt* in seiner Eloge über „soziale Demokratie“ als „großen Deutschen“ gewürdigt,³⁰ hat dabei zu einem Verhalten aufgefordert, für welches das Verdikt *Legalitätstaktik* zutrifft, das der „Verfassungsschutz“ - den Sozialisten und „Rechtsextremisten“ *Hitler* vor Augen - sich für Gruppierungen ausdenkt, die sich legal verhalten, aber gerade deshalb aufgrund ihrer staatlich für „falsch“ angesehenen politischen Programmatik die größte Gefahr für Demokratie darstellen: Sie könnten gewissermaßen demokratisch die Demokratie abschaffen und diese Abschaffung, weil demokratisch vorgenommen, dann auch noch als „Verwirklichung der (wahren) Demokratie“ ausgeben.

An derartigem hat die SPD selbst - vielleicht paradoxer Weise - historisch nicht zuletzt ihr parteiamtlicher Marxismus gehindert, wie er schließlich vom Chefideologen³¹ *Karl Kautsky*³² ausformuliert worden ist: Wenn die marxistischen Erkenntnisse zutreffend sind, müsse man im Prinzip ja nur abwarten, bis der aus dem „Kapitalismus“, d.h. der bürgerlichen Gesellschaft sich ergebende „Kladderadatsch“³³ - für den man natürlich keine Verantwortung übernehmen könne - mit gewissermaßen naturwissenschaftlicher Gesetzmäßigkeit von selbst einstelle, wie es ja letztlich unsinnig wäre, für den Eintritt einer Mondfinsternis politisch tätig zu sein. Auch der alte *Engels* hat den kontinuierlich erscheinenden Stimmenzuwachs der SPD als Spiegelung dieser quasi-naturwissenschaftlichen Entwicklung verstanden, was auf die Vorstellung hinauslief, daß 51% SPD-Reichstagsmandate (legale) Revolution bedeuten würden. Aufgrund dieses „Attentismus“³⁴ konnte sich die SPD als „revolutionäre, aber nicht Revolution machende Partei“ verstehen, was ein Kokettieren mit blutrünstigen Erscheinungen wie der Pariser Kommune allerdings nicht gänzlich ausschloß.

Eine entsprechende Rede des Parteiheros *Bebel*, der die Vorgänge in Paris als für die SPD-Politik vorbildlich betrachtete, war das Hauptargument für den Erlaß des mehrmals verlängerten Sozialistengesetzes, das aber – anders als das Parteiverbot nach BRD-Recht – von vornherein zeitlich befristet war, das damit bei rechtsstaatlicher Bewertung sicherlich besser begründet war als das in seinen Voraussetzungen und Auswirkungen einschneidender wirkende bundesdeutsche SRP-Verbot³⁵ des Bundesverfassungsgerichts, um von derzeitigen extremistisch freiheitsfeindlichen Verbotsforderungen von SPD-Seite gegen die Oppositionspartei AfD gar nicht zu sprechen. Außerdem kann nicht verkannt werden, daß in der SPD große Erwartungen hinsichtlich eines europäischen Kriegs und die Hoffnung auf eine Durchsetzung der Armee mit sozialdemokratischen Elementen bestanden.³⁶ Der Erste Weltkrieg mit seinen Demokratisierungshoffnungen hat denn auch der deutschen Sozialdemokratie ihr bis heute maßgebliches Gepräge gegeben.³⁷

³⁰ S. *Willy Brandt*, *Friedrich Engels und die soziale Demokratie*, 1990, S. 12.

³¹ Zu dem von diesem vertretenen Sozialdarwinismus, s.

<https://ef-magazin.de/2018/03/03/12379-germanische-rasse-und-sozialismus-darwino-marxismus-und-ns-ideologie>

³² S. https://de.wikipedia.org/wiki/Karl_Kautsky

³³ S. dazu *Schrenck-Notzing*, a.a.O., S. 60 ff.: Warten auf den Kladderadatsch.

³⁴ S. dazu *Groh*, a. a. O., insbes. S. 57 ff.

³⁵ S. BVerfGE 2, 1 ff.

³⁶ So der wichtige Hinweis bei *Peter Gilg*, *Die Erneuerung des demokratischen Denkens im Wilhelminischen Deutschland*, 1965, S. 65.

³⁷ S. dazu auch den 4. Teil zur Sozialismusbewältigung: **Weltkrieg als Weltrevolution – Vom sozialdemokratischen Marxismus zum Nationalsozialismus**
<https://links-enttarnt.de/wp-content/uploads/2020/10/Sozialismusbewaeltigung-Teil-4.pdf>

Verfassungsfeinde aus der Sozialdemokratie und ihre „Relativierung“

Trotz der sicherlich auch von besserer Einsicht getragenen biedereren Verhaltensweise, die die demokratische Verwirklichung des Sozialismus ohne 51%-Mehrheit, die sich aber nicht einstellen wollte, ausschloß, trifft die Sozialdemokratie ein entscheidender historischer Vorwurf, der zumindest auf der Ebene der VS-Argumentationsmethodik auch von rechtlicher Relevanz ist oder bei neutraler Anwendung des VS-Rechts so sein müßte: Die SPD hat vor allem über den parteiamtlichen Marxismus den (demokratischen) Totalitarismus nicht nur in Deutschland, sondern als für fast ganz Europa maßgeblicher sozialistischen Partei, generell ausgebrütet. Die Furcht *Bismarcks* vor einem „allgemeinen sozialistischen Zuchthaus“, die er anlässlich der Reichtagsdebatte³⁸ über das gegen die SPD gerichtete Sozialistengesetz zum Ausdruck brachte, sollte eine als prophetisch zu kennzeichnende Berechtigung haben. Die Einlassung von *Bebel* gegen diesen Vorwurf bestand in der Abgabe eines entschiedenen demokratischen Bekenntnisses,³⁹ das sich angesichts von Mauer und Stacheldraht der „Deutschen Demokratischen Republik“, die dem Begriff „allgemeines sozialistisches Zuchthaus“ einen architektonischen Ausdruck verleihen sollte, letztlich als haltlos erweisen. Die Demokratiekonzeption der klassischen SPD und der „ihr eigentümliche Freiheitsbegriff“ (*Susanne Miller*) schlossen derartige Entwicklungen offensichtlich nicht aus, weil sie sonst nicht von so unterschiedlichen Personen⁴⁰ wie *Eugen Richter* und *Otto v. Bismarck* zutreffend hätten vorausgesagt werden können. Der Demokratiebegriff von *Bebel* steht unverkennbar in der Tradition der „totalitären Demokratie“,⁴¹ geht er doch etwa davon aus, daß sich zwar der einzelne, nicht aber die Gesamtheit „irren“ könne.⁴² Im Zweifel dürften dann 51% der Abgeordneten (die für Sozialismus stehen) dann auch für die „Gesamtheit“ stehen, welche die anderen 49% irrtumsfrei als Volksfeinde („Klassenfeinde“) ausmacht, denen dann gemäß Volksentscheid keine Rechte zustehen, so daß die von *Bebel* zur Korrektur eines Volksirrtums vorgesehene freie Kritik stillschweigend abgeschafft würde: Und etwas anderes bedeutet der „Kampf gegen Rechts“ der bundesdeutschen Sozialdemokratie nun wirklich nicht.

Zu dieser Wende des Demokratischen ins Totalitäre hatte *Lassalle* schon vorgearbeitet,⁴³ indem er es von vornherein ausschloß, daß in seiner „freien Gesellschaft“ die Rechte des einzelnen überhaupt vergewaltigt werden könnten: In derartigen Befürchtungen konnte er nur „ätzenden Individualismus“ erkennen, der als individuelle Willkür der Freiheit des demokratischen Kollektivs entgegensteht. Läßt man sich auf diese *totalitäre Logik eines kollektivistischen Menschenbildes* - wie dies der bundesdeutsche „Verfassungsschutz“ nennt - einmal ein, dann kann man auch zum Ergebnis gelangen, daß es nicht unbedingt die 51% sind, die irrtumsfrei den Volkswillen erkennen, sondern zumindest im „Kapitalismus“, der die Realisierung des wahren Volkswillens von vornherein nicht zuläßt, ein bei weitem geringerer Prozentsatz an Erkennenden genügt. So führte denn auch die zeitgenössische SPD plebiszitäre Fehlentscheidungen wie die Einsetzung von *Louis Napoleon* zum Kaiser von Frankreich darauf

³⁸ „Im Zuchthaus von heute ist der Aufseher wenigstens ein achtbarer Beamter, über den man sich beschweren kann. Aber wie werden die Aufseher sein in dem **allgemeinen sozialistischen Zuchthaus**? ... Die erbarmungslosesten Tyrannen, die je gefunden wurden“, zitiert bei *Siegfried Fischer-Fabian*, *Herrliche Zeiten. Die Deutschen und ihr Kaiserreich*, 1983, S. 124 (Hervorhebung hinzugefügt).

³⁹ *S. Miller*, a.a.O., 252.

⁴⁰ Der liberale *Richter* hat gegen das von *Bismarck* initiierte Sozialistengesetz votiert und deshalb seine „Sozialdemokratischen Zukunftsbilder“ erst nach Auslaufen dieses Gesetzes veröffentlicht, um nicht als dessen Befürworter zu erscheinen; zur Bekämpfung der SPD hat *Richter* an Stelle von Verboten vorgeschlagen, man sollte die SPD-Pamphlete auf Staatskosten verbreiten; hier taucht vielleicht erstmals die Vorstellung von Verfassungsschutzberichten auf, die es im rechtsstaatlichen „Obrigkeitsstaat“ allerdings nicht gegeben hat.

⁴¹ S. dazu *J. L. Talmon*, *Die Ursprünge der totalitären Demokratie*, 1961, insbes. S. 34-45.

⁴² *S. Miller*, a.a.O., S. 100 f.

⁴³ S. ebenda, S. 52 f.

zurück, daß die sozialen Bedingungen, die für die Erkenntnis des wahren Volkswillens erforderlich seien, noch nicht vorlägen,⁴⁴ d.h. erst im Sozialismus kann man dann erst das Plebiszit oder gar Demokratie zulassen. Vorher müssen – dies wäre dann die konkrete verfassungsfeindliche Schlußfolgerung – die wahrhaft Erkennenden unter dem Banner der Demokratie Revolution machen, um den Sozialismus zu erzwingen. Eine derartige Argumentation richtet sich nicht nur gegen den Obrigkeitsstaat, wie SPD-apologetisch gelegentlich behauptet wird, sondern auch gegen den „bürgerlichen Parlamentarismus“, gegen den in dieser Partei während der Weimarer Republik, mit der die SPD von ihren Gegnern eher zu Unrecht identifiziert wurde,⁴⁵ erhebliche Vorbehalte bestanden: „Republik, das ist nicht viel, Sozialismus ist das Ziel“, war ein kennzeichnendes Schlagwort, dem auch der spätere *Willy Brandt*⁴⁶ folgte. Deshalb hat sich die SPD trotz Republik im Jahr 1925 nicht in der Lage gesehen, im Heidelberger Programm⁴⁷ der sozialistischen Utopie abzuschwören, an der gemessen naturgemäß auch die (demokratische) Republik verdammt werden mußte und zumindest von vornherein sich als delegitimiert ausnahm wie dies der VS der BRD formulieren würde.

Es dürfte aber klar sein, daß der im Vergleich mit der Programmatik paradoxe „Attentismus“ der SPD, der sie selbst immerhin vor der Verwirklichung ihres doch eigenartigen (und nach FDGO-Maßstäben) verfassungsfeindlichen Programms zurückschrecken ließ, auf Kosten ihrer sozialistischen Glaubwürdigkeit ging. Dabei ist leicht nachvollziehbar, daß diese Haltung bei wesentlichen Teilen der ursprünglichen, vom sozialdemokratischen Gerechtigkeitsverlangen getriebenen Anhängerschaft auf den Vorwurf des Verrats stoßen mußte: „Wer hat uns verraten – Sozialdemokraten!“⁴⁸ Deshalb sollte nicht verwundern, daß alle politischen Führer, die das kaiserliche Deutschland und danach die Weimarer Republik in eine „demokratische“ Rätediktatur umwandeln wollten, aus der SPD hervorgegangen sind: *Rosa Luxemburg*, *Karl Liebknecht*, *Ruth Fischer*, *Heinz Neumann* und *Ernst Thälmann*, um nur die Bekanntesten zu nennen. Einige Anhänger dieser Verfassungsfeindlichkeit wie *Willy Brandt* und der Komintern-Agent und Schreibtischtäter⁴⁹ *Herbert Wehner*⁵⁰ sind dann wieder an prominenter Stelle zur SPD zurückgekehrt. Desgleichen sind die maßgeblichen Personen, die die DDR-Diktatur errichtet haben, aus der SPD hervorgegangen: *Walter Ulbricht*,⁵¹ *Wilhelm Pieck*⁵² und eben *Otto Grotewohl*. Im internationalen Rahmen lauten die bekanntesten Namen, die für Totalitarismus und Diktatur stehen und aus der jeweiligen sozialdemokratischen Partei hervorgegangen sind, die sich jeweils an der SPD als Mutter der (mittel- und ost-)europäischen Sozialdemokratie ausgerichtet hatten: *Wladimir Iljitsch Lenin*, *Josef Stalin*, *Boleslaw Bierut*, *Georgi Dimitroff*, *Bela Kun*, *Josef Pilsudski*, *Matyas Rakosi* und schließlich auch *Benito Mussolini*. Dabei ist es den aus der Sozialdemokratie hervorgegangenen Verfassungsfeinden oder im bundesdeutschen VS-Slang gesprochen „Linksextremisten“ nicht um eine Abkehr von der – sozialdemokratischen – Ideologie gegangen, sondern um ihre entschlossene Verwirklichung, indem sie die „Sozialdemokratie bei ihrem revolutionären Wort nahmen.“⁵³

⁴⁴ S. ebenda, S. 102.

⁴⁵ So zu Recht *Heinz Höhne*, 'Gebt mir vier Jahre Zeit'. Hitler und die Anfänge des Dritten Reichs, 1996, S. 22.

⁴⁶ S. http://www.rowohlt.de/fm/131/Monographie_Brandt.pdf (dort S. 11); s. zuletzt umfassend: *Franz Walter*, „Republik, das ist nicht viel!“. Partei und Jugend in der Krise des Weimarer Sozialismus, 2011, 454 S.

⁴⁷ S. https://de.wikipedia.org/wiki/Heidelberger_Programm

⁴⁸ S. dazu das Buch von *Richard Wiegand*, „Wer hat uns verraten ...“ Die Sozialdemokratie in der Novemberrevolution. Ahriman-Verlag 1999, mit einem Vorwort von *F. E. Hoevels* und zahlreichen ergänzenden Materialien.

⁴⁹ S. *Reinhard Müller*, *Herbert Wehner* - Moskau 1937, 2004.

⁵⁰ S. https://de.wikipedia.org/wiki/Herbert_Wehner

⁵¹ S. https://de.wikipedia.org/wiki/Walter_Ulbricht

⁵² S. https://de.wikipedia.org/wiki/Wilhelm_Pieck

⁵³ So *Eduard Bernstein* über *Rosa Luxemburg*, deren Isolierung innerhalb der SPD er bedauerte, s. *Groh*, a.a.O., S. 210.

Alle Versuche, die nach Abspaltung der Kommunisten seitens der Sozialdemokratie gemacht wurden, diesen „Renegaten“ die sozialistische Legitimität abzusprechen, sind dementsprechend wenig überzeugend gewesen. Die Kommunisten konnten sich sogar mit größerer Berechtigung als die „revisionistische“ Sozialdemokratie auf die Gründungsväter *Marx* und *Engels*, aber auch auf *Bebel*, *W. Liebknecht* und letztlich bei aller Gegnerschaft auch auf *Kautsky* selbst berufen.⁵⁴ *Lenin*, *Stalin* und Co. konnten sich zugutehalten, endlich umzusetzen, wozu die Sozialdemokratie nie die Nervenstärke aufgebracht hatte. Wenn es der kommunistischen Seite gelang, die Initiative zu ergreifen, geriet die Sozialdemokratie deshalb in eine fatale Defensive. Dieser hätte sie nur durch generelle Abkehr von ihren - in bundesdeutscher VS-Terminologie gesprochen - linksextremen Gedankenguts entkommen können, indem sie etwa offen bekannt hätten, daß die Vorstellung *Bebels* von einer absoluten Interessenharmonie in der klassenlosen Gesellschaft,⁵⁵ die er insbesondere in seinem bekannten Hauptwerk *Die Frau und der Sozialismus* ausbreitete, zumindest spätpubertären Unsinn, wenn nicht politkriminelle Verrücktheit darstellt: „Das Irreale dieser Konstruktion ist grotesk“⁵⁶ und dem Wahn verpflichtet, die dichterische Nostalgie eines *Ovid* machtpolitisch als „Zukunftsstaat“ zu verwirklichen.

Da die Sozialdemokratie ersatzreligiös von einer derartig linksextremen Weltanschauung nicht loslassen konnte, ist es zu erklären, daß es in Rußland von 1917 einer Hundertschaft von Berufsrevolutionären relativ leicht gelingen konnte, die bei weitem größerer Anhängerschaft der (wirklich gemäßigten?) Sozialdemokratie auszuschalten. *Kerensky*⁵⁷ teilte nämlich als Sozialdemokrat letztlich das geschichtsphilosophische Ziel der Bolschewiken, wollte es nur nicht mit der den Kommunismus kennzeichnenden Radikalität und politischen Brutalität umsetzen. Dieser Radikalismus ist jedoch nichts anderes als „der Versuch, ein von der (sozialdemokratischen, *Anm.*) Geschichtsphilosophie aufgezeigtes Entwicklungsziel unmittelbar zu verwirklichen, die säkularen Entwicklungslinie auf wenige Willensakte zusammenzudrängen. In diesem Versuch verschwindet jede zeitliche Perspektive.“⁵⁸ Was die Sozialdemokratie in ihrem „Attentismus“ abwarten ließ, weil es ja sowieso kommen mußte, fordert die Radikalen zum entschlossenen Handeln auf, deren verbrecherischen Methoden sich durch das hehre Ziel der Menschheitserlösung im Sinne der paradiesischen Endzeit-Erwartungen eines *Bebel* rechtfertigten: „Je heißer die Liebe zur Menschheit ist, je glänzender das Glück der Erde ist, das man erhofft und erstrebt, desto leidenschaftlicher ist der Haß gegen die Menschen, die dem allgemeinen Menschenglück entgegenstehen.“⁵⁹ Wer kann dabei nicht den bundesdeutschen „Kampf gegen Rechts“ erkennen, der die „Rechten“ dafür verantwortlich macht, daß sich die sozialistischen Wunschvorstellungen, die doch nur das Gute wollen, nunmehr in Form einer Bunt-Republik einfach nicht einstellen wollen? Dies kann doch nur auf die Börsartigkeit von „Rechts“ zurückzuführen sein, nicht wahr? Um Menschenrechte zu verwirklichen, muß man rechte Menschen ersetzen: „Menschenrechte statt rechte Menschen!“ Was bei diesem Slogan dann wohl gemeint ist? „Beseitigen“?

Der Unterschied zwischen klassischer SPD und kommunistischem Linksextremisten ist daher kein prinzipieller, sondern ein methodischer. Bei rechtsstaatlicher Betrachtungsweise, wonach

⁵⁴ S. *Miller*, a. a. O., S. 241 spricht auch in Bezug auf das Denken von *Kautsky* davon, daß es auf eine „totalitäre Demokratie“ hinauslaufen würde, wobei hinzuzufügen ist, daß er dies immerhin selbst - im Gegensatz etwa zu *Bebel* – ansatzweise erkannt hatte, was auch seinen Haß auf die Bolschewiken erklärt, denen er nicht zugestehen wollte, daß sie sich zu Recht auf *Marx* und *Engels* bezogen.

⁵⁵ S. *S. Miller*, ebenda.

⁵⁶ So *Gilg*, a. a. O., S. 70.

⁵⁷ S. https://de.wikipedia.org/wiki/Alexander_Fjodorowitsch_Kerenski

⁵⁸ So *Curt Geyer*, *Der Radikalismus in der deutschen Arbeiterbewegung*, 1923, S. 38.

⁵⁹ So *Freund*, zitiert bei *Helmut Schelsky*, *Die Arbeit tun die anderen*, 1977, S. 120.

den Staatsorganen nur Handlungen und nicht Überzeugungen der Bürger zu interessieren haben, müßte dieser Unterschied rechtlich allein maßgebend sein, was sich im Ergebnis dann doch, zumindest überwiegend, zugunsten der SPD auswirkt. Bei der ideologiestaatlichen Methodik des bundesdeutschen „Verfassungsschutzes“ spielt dieser Unterschied allerdings keine so große Rolle, weil im Interesse des weit vorbeugenden Demokratieschutzes unterstellt wird, daß bei politisch günstigen Umständen aufgrund der verfassungsfeindlichen Einstellung, nämlich der mit Haßkreation einhergehenden Gutmenschenattitüde, doch zu den undemokratischen Methoden gegriffen würde: Rechte Menschen würden dann doch (wieder) liquidiert werden, um Menschenrechte zu verwirklichen. Bei dieser Betrachtung nach der VS-Methodik, die allerdings auf „Demokraten“ nicht angewandt wird, ist dann die SPD ersichtlich eine Gefahr für die freiheitliche demokratische Grundordnung!

Bei Betrachtung der Geschichte der Sozialdemokratie im weiteren Sinne könnte sich die dadurch zum Ausdruck gebrachte amtliche bundesdeutsche Verdächtigungspolitik, die sich allerdings nicht gegen die bundesdeutsche SPD richtet, ist Verfassungsschutz doch weitgehend Instrument der SPD (und ist mittlerweile eines der Ex-SED geworden), insofern bestätigt sehen, als immer wieder das Bedürfnis der Genossen aufgetreten ist, zu den geistig linksextremen Wurzeln zurückzukehren, doch wieder zur „Arbeitereinheit“ zusammenzufinden, Aktionsbündnisse wie „Volksfront“ zu schmieden und (SED-SPD) „Dialogpapiere“ zu errichten,⁶⁰ womit nicht zuletzt der gemeinsame historisch-ideologische Ausgangspunkt von SPD und Linksextremismus bekräftigt wird. Die Abgrenzung zwischen SPD und Linksextremismus ist nach erbitterten Kampfphasen, in denen man sich gegenseitig unter (Links-)Faschismus-Verdacht stellt (etwa Kommunisten als „rotlackierte Nazis“), immer wieder der sich jeweils akzelerierenden Erosion ausgesetzt, wobei die SPD dann nicht davor zurückschreckt, ihre eigenen von Kommunisten verfolgten Genossen zu verraten,⁶¹ um neue Bündnisse mit Linksextremisten zu schmieden, was im Falle der (sozialdemokratischen) VS-Politik „gegen rechts“ völlig ausreichend wäre, den Extremismus-Vorwurf zu erstrecken: Wer mit Extremisten Bündnisse schmiedet, ist selbst Extremist, womit bei einer rechtsstaatlich gebotenen objektiven Handhabung selbstverständlich die SPD schon deshalb im VS-Bericht zu erfassen wäre: Die Lösung war dann natürlich, die Ex-SED nicht mehr unter „Linksextremismus“ aufzuführen: Dann stellen sich SPD-SED-Koalitionsregierungen als „demokratisch“ dar. In dieser für die SPD wunderbaren und allgemein sonderbaren Weise funktioniert bundesdeutscher „Verfassungsschutz“!

Dabei müßte es sich aus der Perspektive des „Verfassungsschutzes“ auch noch als zweifelhaft darstellen, ob die Rückkehr von (ehemaligen?) Linksextremisten, wie des Ex-Komintern-Agenten *Herbert Wehner*⁶² zur SPD genuiner und nicht bloß taktischer Natur ist, was sich dadurch erklärt, daß zum jeweiligen Zeitpunkt der Radikalismus gerade geringere Erfolgsaussichten hatte als der (in diesem Fall: gute) „Revisionismus“. Dies stellt gerade im Hinblick auf die SPD ein gewichtiges Problem dar: „Als die SPD 1966 in die Bundesregierung eintrat, stammte nur ein Minister aus der SPD-Tradition, während der Rest aus allen möglichen, wenn auch im weiten Sinne sozialistischen Strömungen kam (KPD, SAPD, NSDAP, Ahlener

⁶⁰ S. zum SED-SPD-Dialogpapier den 32. Teil der Serie zur Sozialismusbewältigung: **SPD akzeptiert DDR-Demokratie: Was besagt das SPD-SED-Dialogpapier angesichts der „Brandmauer gegen rechts“?**

<https://links-enttarnt.de/wp-content/uploads/2025/03/SoziBwltg-XXXII-SPD-DDR-Demo.pdf>

sowie: **Sozialdemokratischer Dialog mit totalitärem Linksextremismus (SPD-SED-Papier): Zur Bewertung der Dialogverweigerung mit Rechts-Opposition**

<https://links-enttarnt.de/wp-content/uploads/2020/10/Dialogverweigerung-mit-Rechts-Opposition.pdf>

⁶¹ S. dazu den Sammelband von *Konrad Löw* (hgg.), *Verratene Treue. Die SPD und die Opfer des Kommunismus*, 1994.

⁶² S. dazu das maßgebliche Buch von *Hans Frederik*, *Gezeichnet vom Zwielficht seiner Zeit*, 1972, das durch jüngste Erkenntnisse über *Wehner* wohl eher bestätigt als widerlegt wird.

CDU).“⁶³ Offensichtlich benötigt die SPD aufgrund ihres noch fortwirkenden Attentismus, der letztlich Politikunfähigkeit mangels genuiner SPD-Anliegen belegt, linksextreme Impulse seitens der Renegaten oder auch der (Ex-?)Marxisten („Jusos“) aus den eigenen Reihen, d.h. vor allem deren größere Diffamierungskompetenz, Sozialdemagogie und dergl., um wenigstens Wahlkämpfe wirksam bestreiten zu können, wozu die wackere Mehrheit der rechtschaffenen normalen SPD-Mitglieder und Kandidaten anscheinend nicht in der Lage oder willens ist (und deshalb ihre Wähler zunehmend nach „rechts“ abdriften, was dann nach besonders demokratischer SPD-Logik ein Verbot der Konkurrenzpartei gebietet).

Und in der Tat könnte man sagen, daß eine Person, die die Lubjanka überlebte, auch gelernt hat, wie Politik im 20. Jahrhundert gemacht wurde, was sicherlich für den Posten eines bundesdeutschen Ministers und SPD-Fraktionsvorsitzenden qualifiziert. Aus dieser Position kann man parlamentarische Opposition als „Verbrecher“, „Strolche“, „Drecksäcke“, „Quatschköpfe“, „Schweine“ und ähnlichem spätbolschewistischen Hetzvokabular bekämpfen und parlamentarische Opposition delegitimieren: Im Falle von rechts würden „die Sozis“ bei derartigem Vokabular sofort nach Diktatur, also nach dem Parteiverbot schreien! Die „VS“-Frage ist dann doch, wer da eigentlich wen (re-)sozialisiert, die SPD die Renegaten oder diese die SPD? Man könnte ja vermuten, daß ein wirklicher sozialistischer Konvertit eher bei der CDU oder FDP landet als bei der SPD. In der Tat ist es umgekehrt nach der moralischen Weltordnung der SPD geboten, daß ein ehemaliger Nazi nicht bei einer Rechtspartei landet, weil dies verbotsbegründend ist („Ersatzorganisation“) und auch nicht bei der CDU, weil dies „Kontinuitäten“ sichtbar macht, sondern eben bei der SPD um Erlösung nachsucht. Dementsprechend wurde zwar der CDU-Kanzler *Kurt Kiesinger* (NSDAP, CDU), nicht jedoch der SPD-Minister *Karl Schiller* (NSDAP, SPD)⁶⁴ antifaschistisch geohrfeigt: dieser wurde lediglich vom ES-PE-DE-Propagandisten *Günther Graß*⁶⁵ etwas behelligt und konnte ansonsten geschichtspolitisch völlig unbehelligt zum sozialdemokratischen Superminister⁶⁶ aufsteigen.

Für die erlösende Zuflucht zur SPD, wo einem die NS-Vergangenheit nicht verbotsbegründend vorgeworfen wird, steht neben *Karl Schiller* etwa der Ex-Nazi⁶⁷ *Carlo Schmid*,⁶⁸ der sich in der NS-Akademie für Deutsches Recht für *Hitlers* Endsieg und gegen die Haager Landkriegsordnung ausgesprochen hatte, aber nur bei der SPD zum „großen Parlamentarier“⁶⁹ aufsteigen konnte als der er dann (sich selbst reinwaschend) von „Verblendung und moralischer und politischer Blindheit“ der 17 Mio. NSDAP-Wähler von 1933 sprechen durfte, die die Ermordung von 6 Mio. Juden möglich gemacht habe. Über seine eigene Haltung und was diese wohl möglich gemacht hatte (zu dessen Gunsten ja etwas angeführt werden kann, was allerdings bei Nicht-SPDlern nicht zugestanden wird), brauchte er als moralisch befreiter SPD-Politiker und „Demokrat“ dann nicht zu räsonieren. Zur Erreichung des linken Integrationsziels, bei dem seitens des Linksextremismus auf das Selbstverständnis der SPD, die „eigentlichen Demokraten“ Deutschlands zu sein, Rücksicht genommen werden muß, ist dann das Element, das der bundesdeutsche - d.h. überwiegend sozialdemokratische - „VS“ bei nicht-linken Gegnern als (historische) „Relativierung“ ansieht, jeweils von entscheidender Bedeutung

⁶³ So v. *Schrenck-Notzing*, a. a. O., S. 116.

⁶⁴ S. dazu den 7. Teil der Sozialismusbewältigung: **NS-Fortwirkungen im bundesdeutschen Sozialdemokratismus: Sozialstaatliche Demokratieverformung und Kampf gegen Rechts** <https://links-enttarnt.de/wp-content/uploads/2020/10/Sozialismusbewaeltigung-Teil-7.pdf>

⁶⁵ S. https://de.wikipedia.org/wiki/G%C3%BCnter_Graß

⁶⁶ S. zu *Karl Schiller*: Adolfs und Willys Wirtschaftspolitik. Gescheiterte sozialdemokratische Konzepte, in: *eigentlich frei* Heft 86, S. 46.

⁶⁷ S. dazu *Kurt Ziesel*, Der deutsche Selbstmord. Diktatur der Meinungsmacher, 1965, S. 290 f.

⁶⁸ S. https://de.wikipedia.org/wiki/Carlo_Schmid

⁶⁹ S. die Lobrede seines Schülers *Wilhelm Hennis*, Auf dem Weg in den Parteienstaat, 1998, S. 142 ff.

(gewesen): Linker „Geschichtsrevisionismus“ ist daher für die von SPD-Ideologie dominiertem „Verfassungsschutz“ von vornherein kein Problem, sondern es geht nur um „Geschichtsrevisionismus“ von rechts, so wie beim Sozialismus / Kommunismus schon immer der „Rechtsrevisionismus“ gefährlich war,⁷⁰ während der Linksrevisionismus mit seiner Gewaltbereitschaft kaum ein Problem gewesen ist.

Um noch zur Zeit des Kalten Krieges trotz der Erfahrung des mörderischen kommunistischen Totalitarismus⁷¹ Volksfrontbündnisse in West-Europa zu rechtfertigen, wurden ganze Bibliotheken voll geschrieben, die erklärten,⁷² daß sich die „bedauerlichen Vorfälle“ etwa auf die russische Tradition, wie deren „halbasiatischen Charakter“ (*Rudi Dutschke*) zurückführen ließen, so daß derartiges bei einem „Euro-Kommunismus“ nicht zu erwarten sei. Gegenüber dieser nun wirklich widerlichen „Relativierung“ ist nur darauf hinzuweisen,⁷³ daß in den letzten 90 Jahren der Zarenherrschaft 6 321 bei grundsätzlich akzeptablen rechtsstaatlichen Standards im Zusammenhang mit der politischen Ordnung stehende Todesurteile ausgesprochen worden sind (die großteils nicht vollstreckt wurden), während es in der kommunistischen Sowjetunion innerhalb von zwei Monaten 10 000 bis 15 000 rechtsstaatliche Standards von vornherein negierende standrechtliche Hinrichtungen gegeben hat, um die vorsätzlich politisch induzierten Massenhungersnöte und Tötungen des Sozialismus hier nur zu anzudeuten.⁷⁴ Dies hat nun wirklich nichts mit „Asien“ zu tun, sondern vielmehr mit dem sich radikalisierten Import des in und durch die SPD und mit ihr zur Entfaltung gebrachten westlichen Sozialismus, weshalb die Sowjetunion völlig berechtigt nicht als „asiatische“, sondern als (neuartige) „okzidentale Despotie“⁷⁵ angesprochen werden muß, die sich mit „Demokratie“ als Wertesystem totalitär rechtfertigte (was der „asiatischen Despotie“ natürlich völlig fremd war). Aber es gibt wohl keine Ausreden, die nicht blöd genug sind, um nicht bei Bedarf zugunsten einer die Integration des Linksextremismus rechtfertigenden SPD-Politik vorgebracht zu werden. So erscheint dann auch die „DDR“ irgendwie als Ausdruck sekundär weiterwirkender asiatischer Produktionsweisen, für die bei der DDR-Diktatur etwa für die „Stasi“ Tätigen - wobei das Augenmerk weniger auf die „inoffiziellen“⁷⁶ als die offiziellen Mitarbeiter, d.h. die Linkspartei es solcher, gerichtet werden müßte - nicht wirklich was können.

SPD: Auch maßgebliche Quelle des „Faschismus“

Derartige geschichtliche „Verdrängungen“ oder „Relativierungen“ wie sie von SPD-Seite, falls politisch passend, bezüglich des Linksextremismus gepflegt werden, werden beim bundesdeutschen „Verfassungsschutz“, allerdings nur in einem anderen Zusammenhang, als Ausweis einer „antidemokratischen Haltung“ ausgemacht, die zumindest zur „VS“-

⁷⁰ S. dazu den 30. Teil der Serie zum Parteiverbotssurrogat: **Der Vorwurf des „Revisionismus“ durch den bundesdeutschen „Verfassungsschutz“ und in kommunistischen Regimes**
<https://links-enttarnt.de/wp-content/uploads/2021/11/Surrog30-Revisionismusverbot.pdf>

⁷¹ Der sich selbstverständlich auch gegen die Sozialdemokratie („Verräter“) richten mußte, s. *Laszlo Revesz*, Die Liquidierung der Sozialdemokratie in Osteuropa, 1971.

⁷² Am bekanntesten *Karl A Wittfogel*, Die orientalische Despotie. Eine vergleichende Untersuchung totaler Macht, 1977.

⁷³ So zu Recht *Nicolas Werth*, in: *Stéphane Courtois* u. a., Das Schwarzbuch des Kommunismus, 2000, S. 92 f.

⁷⁴ S. dazu etwa das Buch von *Robert Winter*, Massenmord unter dem Sowjetstern 1917-1953. Tatorte. Taggeschehen, 2017.

⁷⁵ So *Ernst Vollrath*, Die okzidentale Despotie, in: *Der Staat*, 1982, S. 321 ff., wonach die Sowjetunion nur als neuartige Form einer Despotie, nämlich der totalitär-demokratischen des Westens verstanden werden kann; so totalitär wie die Sowjetunion waren asiatische Großreiche nämlich nicht; s. insbesondere zum traditionellen China, auf das sich *Wittfogel* hauptsächlich bezieht, die einzelnen Beiträge bei *Wolfgang Schluchter* (Hg.), Max Webers Studie über Konfuzianismus und Taoismus. Interpretation und Kritik, 1983.

⁷⁶ S. zur Frage der Stasi-Verstrickung des späteren Bundesverkehrsministers *Manfred Stolpe* (SPD) den Abschlußbericht des Stolpe-Untersuchungsausschusses, hgg. von der Heinrich-Böll-Stiftung e. V., 1994.

Überwachung, „VS“-Beobachtung und „VS“-Berichterstattung führen müsse, wenn nicht gar Demokratie erhaltende Vereins- und Parteiverbote „notwendig“ werden; zumindest muß aber - und sei es nur zur Pflege zivilreligiöser / demokratiereligiöser) Bedürfnisse⁷⁷ - eine „Verbotsdiskussion“ gegen eine unerwünscht um Wählerstimmen mitkonkurrierende Oppositionspartei eingeleitet werden. Gemessen an diesem Erfordernis eines effektiven, d.h. weit vorbeugend nach- und rückwirkenden „Verfassungsschutzes“ müßte die SPD aber nicht nur im Falle der Relativierung des Kommunismus als besonders verdächtig angesehen werden.

Aus dem Kontext der Sozialdemokratie ist nämlich nicht nur der Kommunismus hervorgegangen, sondern auch das Entstehen einer anderen unheilvollen politischen Strömung des 20. Jahrhundert ist wesentlich - wenngleich sicherlich nicht ausschließlich - damit zu erklären, wofür ein politisch unverdächtiges Werk einen Hinweis gibt: „Hitlers damalige (um 1918, *Anm.*) Annäherung an die regierende SPD ist durch verschiedene Quellen, auch Zeitungsberichte, belegt.“⁷⁸ Zuletzt sind in dem Werk von *Reuth* die Belege aufgeführt,⁷⁹ wie etwa die Aussage des Vizepräsidenten des Bayerischen Landtags, *Auer* (SPD), in der *Münchner Post* von 1923, wonach man *Hitler* für einen Anhänger der (Mehrheits-) Sozialdemokratie gehalten habe, auch weil sich als solcher zu erkennen gegeben haben schien. Als den Mann, der *Hitler* wirklich die Ideen gegeben hat, kann man wohl am plausibelsten den SPD-Sympathisanten *Josef Ludwig Reimer*⁸⁰ identifizieren, der in seinem Werk „Ein pangermanisches Deutschland“⁸¹ eine „pangermanische Sozialdemokratie“ anstrebte, eine rassenideologische Beschränkung auf die Arbeiter germanischer Abstammung.⁸² *Reimer*, über den kaum biographische Angaben existieren, gehörte zum Umfeld des Arztes *Ludwig Woltmann* (1871-1907),⁸³ der mit seinen 1899 und 1900 erschienen Werken dazu beitrug, die scheinbare Vereinbarkeit von Sozialismus und Darwinismus darzulegen und dabei als Mitstreiter des „Revisionisten“ *Bernstein* in Erscheinung getreten war. Seine vorübergehende, durchaus originelle Verknüpfung von Marxismus und Darwinismus konnte allerdings nur auf der Grundlage einer Lehre vorgenommen werden, die den nachfolgenden Übergang zur Rassentheorie wohl unvermeidlich machte, die *Woltmann* mit dem sozialistischen Klassenkampfkonzept wie folgt in Einklang brachte: „Wir sehen in den modernen Klassenkämpfen das Ringen der im Arbeiterstand vorhandenen germanischen Schichten nach Selbständigkeit und Freiheit.“ Dieser Ansatz bereitete die Beschränkung von *Reimer* auf die Arbeiterklasse germanischer Abstammung zur Verwirklichung des Sozialismus als pangermanisches Deutschland vor, wodurch sich gewissermaßen wie von selbst begrifflich die Bezeichnung „National-sozialistische Deutsche Arbeiterpartei“ ergab, die damit nicht nur

⁷⁷ S. dazu den Beitrag von *Uwe Volkmann*, Feind und Freund, in: *FAZ* vom 1.12.2011, S. 7.

⁷⁸ S. Ausstellungskatalog des Stadtmuseums München, „Hauptstadt der Bewegung“, 1993, S. 71; s. dazu auch den 5. Beitrag zur Sozialismusbewältigung: **SPD-Sympathisant Adolf Hitler. Die sozialdemokratischen Wurzeln der nationalsozialistischen Ideologie**

<https://links-enttarnt.de/wp-content/uploads/2020/10/Sozialismusbewaeltigung-Teil-5.pdf>

⁷⁹ S. *Ralf Georg Reuth*: Hitlers Judenhass. Klischee und Wirklichkeit, 2009; s. dazu den Beitrag des Verfassers über den „Sozialdemokraten Adolf Hitler“:

<http://ef-magazin.de/2009/05/01/1164-vergangenheitsbewaeltigung-sozialdemokrat-adolf-hitler>

⁸⁰ Der entsprechende nichtssagende Wikipedia-Eintrag (ohnehin nur auf Englisch) spricht Bände über eine völlig unzureichende Vergangenheitsbewältigung bezüglich von Sozialismus insgesamt:

https://en.wikipedia.org/wiki/Josef_Ludwig_Reimer

⁸¹ S. dazu den Beitrag des Verfassers:

<http://ef-magazin.de/2009/06/26/1305-josef-ludwig-reimer-der-spd-sympathisant-der-hitler-die-ideen-gab>

⁸² S. dazu auch den 27. Teil der Serie zur Sozialismusbewältigung: **Sozialistischer Klassen-Rassismus oder: Woher bezog Hitler seine Ideen?**

<https://links-enttarnt.de/wp-content/uploads/2023/04/SoziBwltg-XXVII-SozRassism.pdf>

⁸³ S. https://de.wikipedia.org/wiki/Ludwig_Woltmann die ebenfalls eine völlig unzulängliche Vergangenheitsbewältigung bezüglich Sozialismus dokumentiert, weil die Problematik des Übergangs vom Sozialdemokratismus zum Vorfeld des Nationalsozialismus gänzlich ausgeblendet wird; könnte ja der SPD - und damit natürlich der „Demokratie“ - schaden.

begrifflich, sondern ideologisch zwingend mit den maßgeblichen weltanschaulich-politischen Inhalten, die ihr berechtigter Weise zum Vorwurf gemacht werden müssen, in die sozialistische (sozialdemokratische) Ideenströmung einzuordnen ist.

Bei der sich dabei wohl wie von selbst aufdrängenden Fragestellung betreiben die SPD-Ideologen im Interesse der Aufrechterhaltung der durch eine einseitige staatsideologische „Bewältigung“ „gegen Rechts“ errungenen „moralischen“ Vorrangstellung, die auch als (ideologische) „Verfassung“ vom SPD-geführten Inlandsgeheimdiensten und entsprechenden Disziplinarstellen von Behörden „geschützt“ wird, folgende Verdrängungsstrategie gegenüber konkurrierende politisch-weltanschauliche Strömungen, die von den SPD-Ideologieexperten im antipluralistischen und damit verfassungsfeindlichen „Kampf gegen rechts“ jederzeit unter Faschismus-Verdacht gestellt werden: „Für die SPD gehören auch die Meinungen, ‘die nicht davor zurückschrecken, den Sozialismus in die Nähe des Nationalsozialismus zu rücken’ zur Grauzone demokratiebedrohender Mentalitäten.“⁸⁴ Diese vom SPD-„VS“ auch amtlich getätigte Verdächtigungsstrategie kann jedoch nicht die Tatsache verdrängen, daß *Hitler* sich mit seiner „Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei“ schon begrifflich bewußt in die sozialistische Tradition eingeordnet hat, die selbst Ausgangspunkt der Bildung der SPD gewesen ist, welche einst als „Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands“ firmiert hatte.⁸⁵

Die Ideenströmung des Sozialismus, Verknüpfung der Fortschritts- und Gleichheitsidee, stellt eine Spätfolge der Französischen Revolution dar. Sozialismus ist durch weitreichende staatliche Maßnahmen zu verwirklichen, da der freie wirtschaftliche Prozeß, d.h. Kapitalismus Ungleichheit / Ausbeutung erzeuge. Die Annahme, daß der auf Kapitalismus basierende Parlamentarismus den Volkswillen verfälsche, legt die demokratisch legitimierte Diktatur als Herrschaftsform nahe, wie sie innerhalb der SPD u. a. mit der kultischen Verehrung von *Lassalle*⁸⁶ aber auch von *Bebel* als Möglichkeit aufgeschienen ist. Als Folge des sog. Revisionismusstreits, der durch die Erkenntnis ausgelöst worden ist, daß der Untergang des Kapitalismus entgegen der marxistischen Parteiideologie keine Naturnotwendigkeit sei, hat sich langfristig eine widerspruchsvolle (Wieder-)Annäherung der Sozialdemokratie an den Linksliberalismus und damit an den bürgerlichen Verfassungsstaat ergeben, während sich die sozialdemokratische *Bebel*-Orthodoxie im Leninismus radikalisieren sollte.

Neben diesem Rechtsrevisionismus eines *Bernstein* oder (in Frankreich) von *Jaurès* gab es aber auch einen vielschichtigen Linksrevisionismus,⁸⁷ der im Ergebnis auf die Ersetzung des Proletariats durch die Nation als Agens des Fortschritts hinauslief, wobei der konzeptionelle Übergang vom Sozialismus zum Faschismus / Nationalsozialismus schon vor dem 1. Weltkrieg durch die Übertragung des marxistischen Klassenkampfkonzepts auf die internationale Ebene bewerkstelligt wurde.⁸⁸ In Deutschland kann dies etwa den Kriegsschriften des SPD-Propagandisten MdR *Paul Lensch*⁸⁹ entnommen werden, wenngleich sich die direkte

⁸⁴ S. *Christiane Hubo*, Verfassungsschutz des Staates durch geistig-politische Auseinandersetzung, 1998, S. 96.

⁸⁵ S. zur Einordnung des Nationalsozialismus in die sozialistische (sozialdemokratische) Strömung auch den schon genannten 5. Teil der Serie zur Sozialismusbewältigung:

<https://links-enttarnt.de/sozialismusbewaeltigung-teil-5>

⁸⁶ S. zum SPD-Gründer *Lassalle* als Vorläufer des Nationalsozialismus: Sozialismus als deutsche Weltherrschaft: Wiederkehr der verdrängten Lehren Lassalles, in: *eigentlich frei* Heft 79, S. 48.

⁸⁷ S. dazu zusammenfassend *Zeev Sternhell*: Ne Droite ne Gauche. L'idéologie fasciste en France, 1978.

⁸⁸ S. dazu den 4. Teil der Serie zur Sozialismusbewältigung **Weltkrieg als Weltrevolution - vom sozialdemokratischen Marxismus zum Nationalsozialismus**.

<https://links-enttarnt.de/sozialismusbewaeltigung-teil-4>

⁸⁹ S. etwa *Die deutsche Sozialdemokratie und der Weltkrieg* von 1915 und *Drei Jahre Weltrevolution* von 1917; *Lensch* ist zwar bei *R. P. Sieferle*, Die Konservative Revolution, 1995, S. 45 ff. als Vertreter der genannten Richtung aufgeführt, es wäre aber geboten, ihn als sozialdemokratischen Vorläufer des Nationalsozialismus zu

Kontinuität über die *Ceskoslovenská strana narodne-socialistická* ergibt, die wohl erste Partei (vielleicht von Frankreich abgesehen), die sich ausdrücklich „national-sozialistisch“ nannte und sich 1897 in der österreichisch-ungarischen Monarchie in Folge der Volkstumskonflikte von der gesamt-österreichischen Sozialdemokratie abgespalten hatte. Auf sudetendeutscher Seite führte dies spiegelgleich zur *Deutschen Nationalsozialistischen Arbeiterpartei* (DNSAP), die wiederum den direkten Ausgangspunkt der nach dem 1. Weltkrieg gegründeten NSDAP markiert.⁹⁰ DNSAP-Führer *Rudolf Jung*⁹¹ überzeugte *Hitler*, anstelle des von ihm geplanten Begriffs „sozialrevolutionär“ bei „nationalsozialistisch“ zu bleiben.

Der vielschichtige Linksrevisionismus, dem sich *Joseph Goebbels* ausdrücklich⁹² zugeordnet hat, betonte die Aspekte des Frühsozialismus, welche die marxistische Orthodoxie und der Rechtsrevisionismus innerhalb der Sozialdemokratie in den Hintergrund drängen wollten wie etwa den sozialistischen Antisemitismus, in dessen Tradition sich wiederum *Goebbels* sah: „Wenn ich sozialistisch denke, muß ich Antisemit sein. Denn der Jude ist die Inkarnation des Kapitalismus.“⁹³ Insbesondere der französische Frühsozialismus⁹⁴ hatte nämlich den zu überwindenden Kapitalismus mit dem Judentum gleichgesetzt,⁹⁵ so daß nachvollziehbar wird, wieso die Verwirklichung des Sozialismus als Antikapitalismus konzeptionell auf die Beseitigung des Judentums hinauslaufen mußte.⁹⁶ Obwohl der Marxismus speziell unter jüdischstämmigen Intellektuellen großen Anklang fand, sollte er diese ursprüngliche antisemitische Tradition des Sozialismus nie wirklich bewältigen, die in Deutschland einst von *Eugen Dühring*⁹⁷ besonders radikal vertreten worden ist, der in der Berliner SPD eine große Anhängerschaft hatte und mit *Marx* als Parteitheoretiker auf eine Stufe gestellt worden war. Dies führte zum Neidausbruch *Engels*, der mit seinem *Anti-Dühring* den „wissenschaftlichen“ Sozialismus in die Welt setzte, dabei aber mit seinem Utopismus („Absterben des Staates“) *Dühring*⁹⁸ wenig Sinnvolles entgegensetzen konnte. Er zog es daher vor, *Dühring ad personam* zu bekämpfen, indem er dessen Antisemitismus angriff, wozu *Engels* selbst immerhin die Konversion vom Antisemiten zum Anti-Antisemiten vollziehen mußte.⁹⁹ Da *Dühring* aufgrund dieses Wegpöbelns von der SPD wegen „Majestätsbeleidigung“, d.h. Kritik an *Marx* „von

kennzeichnen; zu der von diesem vertretenen Richtung, s. auch *A. Ascher*, 'Radical' Imperialists within German Social Democracy 1912 - 1918, in: *Political Science Quarterly*, 1976, S. 555 ff.; s.:

<http://www.jf-archiv.de/archiv98/058aa17.htm> s. auch den ausnahmsweise einigermaßen akzeptablen Wikipedia-Eintrag: http://de.wikipedia.org/wiki/Paul_Lensch

⁹⁰ S. dazu *Georg Franz-Willing*, Ursprung der Hitlerbewegung 1919-1922, 1974, insbes. S. 137 ff.; s. auch den Leserbrief von *Friedebert Volk*, Die auswärtigen nationalsozialistischen Vorläufer, in: *FAZ* vom 30.03.1999.

⁹¹ S. [https://de.wikipedia.org/wiki/Rudolf_Jung_\(Politiker\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Rudolf_Jung_(Politiker))

⁹² So am 06.12.1931 im *Angriff*: „Der Idee der NSDAP entsprechend sind wir die deutsche Linke! Nichts ist uns verhaßter als der rechtsstehende nationale Besitzbürgerblock“, zitiert bei *W. Venohr*, Stauffenberg. Symbol der deutschen Einheit, 1990, S. 80; s. dort auch die zeitgenössische Aussage des späteren *Willy Brandt*: „Das sozialistische Element im Nationalsozialismus ... muß von uns erkannt werden.“

⁹³ S. Nachweis bei *U. Höver*, *Joseph Goebbels. Ein nationaler Sozialist*, 1992, S. 154.

⁹⁴ Dazu umfassend: *Edmund Silberner*, Sozialisten zur Judenfrage, 1962, zu den besonders antisemitischen französischen Sozialisten, S. 17-98; sowie *derselbe*, *The Antisemitic Tradition in Modern Socialism*, 1957.

⁹⁵ S. dazu den 29. Teil der Serie zur Sozialismusbewältigung: **Sozialismus als „Ende des Judentums“**

<https://links-enttarnt.de/wp-content/uploads/2025/07/SoziBwltg-XXIX-SozDAntiSem.pdf>

⁹⁶ S. dazu den 30. Teil der Serie zur Sozialismusbewältigung: **Extremistische Umsetzung des sozialistischen Antisemitismus** <https://links-enttarnt.de/wp-content/uploads/2025/07/SoziBwltg-XXX-NSKPAntiSem.pdf>

⁹⁷ S. dazu den Beitrag von *Dieter Dowe / Klaus Tenfelde*, Zur Rezeption Eugen Dührings in der deutschen Arbeiterbewegung in den 1870er Jahren, in: *Wissenschaftlicher Sozialismus und Arbeiterbewegung*, Schriften aus dem Karl-Marx-Haus, Nr. 24, 1979, S. 25 ff.; s. dazu den Beitrag des Verfassers: *Eugen Dühring: Vorläufer Hitlers und Wegbereiter von Godesberg*, in: *eigentlich frei* Heft 81, S. 47.

⁹⁸ S. https://de.wikipedia.org/wiki/Eugen_D%C3%BChring

⁹⁹ S. im einzelnen *Silberner*, Sozialisten zur Judenfrage, S. 157.

links“,¹⁰⁰ seinen Antisemitismus auch gegen die SPD selbst richtete, begann diese den Antisemitismus zu bekämpfen, den man vorher (und teilweise noch weiterhin) als revolutionäres Ferment und als Vorstufe zum Sozialismus angesehen hatte; denn letztlich stellte auf *Marx* selbst und seine Judenschrift zurückgehend der Marxismus eine Theorie dar, welche die Endstufe des Menschheitsfortschritts als Überwindung, ja als „Das Ende des Judentums“¹⁰¹ ausgab. Sicherlich wurde dies vom SPD-Chefideologen *Kautsky* als Assimilierungsvorgang verstanden, der das mit dem Judentum verbundene „Mittelalter“ auslöschen würde. Jedoch macht schon die berühmte, von *Lenin* häufig zitierte Aussage des SPD-Führers *Bebel*, wonach der „Antisemitismus“ der „Sozialismus des dummen Kerls“ (nicht aber dessen Nationalismus, Konservatismus oder Liberalismus) sei, den latenten Antisemitismus in der sozialistischen Bewegung¹⁰² deutlich.

Der Nationalsozialismus erscheint insoweit als explizite Wiederkehr des in der sozialistischen Tradition der Sozialdemokratie gegen Ende des 19. Jahrhunderts Verdrängten und wie gegenüber dem Leninismus, so kam die Sozialdemokratie dann auch gegenüber dem Nationalsozialismus in die Defensive, wenn dieser die Verwirklichung des Sozialismus gewissermaßen direkter angehen und sich nicht des Attentismus befleißigen wollte. Generell kann die Vermutung geäußert werden, daß sich die Sozialdemokratie der Weimarer Zeit deshalb so entschieden vom NS abgegrenzt hat, weil sie erkennen mußte oder zumindest gefühlt hat, daß mit dieser Bewegung das durch die Annäherung an die bürgerliche Demokratie gebotener Maßen Verdrängte der klassischen Sozialdemokratie als parteipolitische Richtung verselbständigt wieder zum Vorschein kam: Die Sozialdemokratie erkannte im Nationalsozialismus Sozialismus-Häretiker, die an Ideologeelementen anknüpften und Forderungen aufgriffen, die der Sozialdemokratie mittlerweile peinlich geworden waren, von denen sie aber wußte, es aber nicht zugestehen wollte, daß sie in der eigenen Ideologietradition zu finden waren. Vergleichbar stellte sich der Haß von *Kautsky* gegenüber den Bolschewiken dar, der damit zu erklären ist, daß sich die Kommunisten sehr wohl zu Recht auf *Marx* beriefen, nur wollte er sich dies nicht zugestehen.

„Mit Lassalles Demokratiebegriff zeichnen sich die Möglichkeiten ab, an denen die Demokratie im 20. Jahrhundert scheiterte. Der Nationalsozialismus benutzte die Demokratie der Weimarer Republik zu eben den gleichen Zwecken, wie sie Lassalle seiner Demokratievorstellung unterschob. Es mag als Ironie der Geschichte erscheinen oder als List der Vernunft, daß der Lassallesche Demokratiebegriff in der deutschen Sozialdemokratie als Hinwendung zum Staat interpretiert wurde, daß die Sozialdemokratie auf Grund eben dieser Haltung die totalitäre Tendenz des ursprünglichen Lassalleschen Begriffs (in der nationalsozialistischen Ideologie) bekämpfte.“¹⁰³ Es handelt sich bei der Auseinandersetzung zwischen SPD und NSDAP (und KPD) deshalb letztlich um eine innersozialistische Auseinandersetzung! Trotz der entschiedenen Gegnerschaft, die etwa der spätere bundesdeutsche SPD-Vorsitzende *Kurt Schumacher*¹⁰⁴ anerkennenswerter Weise gegen den Nationalsozialismus an die Tag legte, macht dessen lange währender Versuch, die Publikation seiner mit *magna cum laude* bewerteten Doktorarbeit „Der Kampf um den Staatsgedanken in der deutschen

¹⁰⁰ Die Tatsache, daß der „Faschismus“ von links kommt, ergibt auch die Selbsteinschätzung von *Eugen Dühring*, *Marx* nicht von rechts, sondern von links kritisiert zu haben; s. dazu *E. Bernstein*, Die Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung, Bd. 1, 1907, S. 315.

¹⁰¹ So das Schlußkapitel des Buches des SPD-Chefideologen *Karl Kautsky*, Rasse und Judentum, 1914 in der Ausgabe von 1921.

¹⁰² S. dazu den 6. Teil der Serie zum Parteiverbotssurrogat: **Bundesdeutscher „Kampf gegen rechts“ als (latenter) Antisemitismus** <https://links-enttarnt.de/kritik-des-partieverbotssurrogats-teil-6>

¹⁰³ So die Zusammenfassung bei *Hermann Ebeling*, Der Begriff „Demokratie“ in den sozialistischen Ideologien - Marx, Lassalle, Engels-, Dissertation der Universität Heidelberg, 1964, S. 85.

¹⁰⁴ S. https://de.wikipedia.org/wiki/Kurt_Schumacher

Sozialdemokratie“ zu verhindern,¹⁰⁵ die Erkenntnis deutlich, daß sie weitgehend mit Grundpositionen identisch war, bei denen eine ideologische Nähe zum Nationalsozialismus schon deshalb nicht zu verkennen war, weil sich sein Doktorvater *Plenge*¹⁰⁶ schließlich selbst als theoretischer Vorläufer des Nationalsozialismus sehen wollte, wie in seinem brieflichen Austausch mit *Werner Sombart* vom 24.09.1933 nachzuweisen ist.¹⁰⁷ Dieser wiederum war noch vom alten *Engels* als „etwas eklektischer Marxist“ eingeordnet worden und erschien dabei lange als der mögliche künftige Chefideologe der Sozialdemokratie. *Sombart* glaubte um 1933 dann, ebenfalls Anspruch auf die „Vaterschaft“ des Nationalsozialismus erheben zu können, wenngleich der offizielle Nationalsozialismus, der diesen allein dem Genie des „Führers“ entsprungen sehen wollte, diese Vaterschaft nicht anerkennen wollte: Diese Haltung des NS kommt ja noch heute der Reputation der SPD zugute, zumal es dieser erfolgreich gelungen ist, zu verdrängen und zu relativieren!

Was nun den NS-Antisemitismus und dessen Einordnung in die Tradition der klassischen Sozialdemokratie anbelangt, ist festzuhalten, daß der Marxismus zwar überwiegend den Rassenantisemitismus abgelehnt hat (ganz auszuschließen ist selbst dieser nicht, wie mit dem Buch von Marx Schwiegersohn belegt werden kann), wie dies aber auch der Radikalantsemit *Goebbels* tat, der die „rassentheoretische Begründung des Antisemitismus“ als „Rassenfimmel“ verspottete. Rassistische Tendenzen waren aber der sozialistischen Strömung, unter Einschluß der Sowjetvariante,¹⁰⁸ nicht wesensfremd, zumal Rassismus der Gleichheitsidee als solcher¹⁰⁹ nicht entgegenstehen muß (Gleichheit erzwingt begriffsnotwendig die Definition des Ungleichen): „Sozialismus und Eugenik (gewissermaßen der praktische Zweig der „Rassenlehre“, ¹¹⁰ *Anm.*) waren von Natur aus keine gegensätzlichen Konzepte, so wie auch Sozialismus und Rassismus von Zeit zu Zeit zusammengehörten“, ¹¹¹ eine Einschätzung, die dabei auch die übliche apodiktische Auffassung widerlegt, daß „schon die rassistische Komponente seiner Weltanschauung“ einer Zuordnung etwa *Hitlers* zur politischen Linken entgegenstünde.¹¹² Dieser Komplex führt zur wohl größten ideologischen Gemeinsamkeit von klassischer Sozialdemokratie und Nationalsozialismus, nämlich zur Eugenik,¹¹³ die zum wesentlichen SPD-Anliegen werden sollte¹¹⁴ und zwar etwa ab 1900, als der Darwinismus als

¹⁰⁵ S. *Dieter Krüger*, Nationalökonomien im wilhelminischen Deutschland, 1983, S. 230 f.

¹⁰⁶ S. zu diesem den sehr schwachen Wikipedia-Eintrag, der die Sozialismusbewältigung völlig verfehlt: https://de.wikipedia.org/wiki/Johann_Max_Emanuel_Plenge

¹⁰⁷ S. *Dieter Krüger*, a.a.O., S. 240; sowie:

<https://ef-magazin.de/2008/05/04/bewaltigung-der-sozialismus-des-nationalsozialismus>

¹⁰⁸ S. dazu etwa *Loren R. Graham*, Science and Values: The Eugenic Movement in Germany and Russia in the 1920s, in: *American History Review* 1977, S. 1133 ff., wo auch dargelegt wird, daß man ab den 30ern eine unterschiedliche Richtung einschlug; in der Sowjetunion begann man Lamarckismus (Lehre von der Vererbung sozial erworbener Fähigkeiten) und Marxismus gleichzusetzen, was vorher nicht der Fall war; s. S. 1157.

¹⁰⁹ Bei der Anwendung des Gleichheitssatzes kommt es wesentlich auf das Differenzierungskriterium an: Wenn etwa mit Art. 3 Abs. 3 GG „Rasse“ als Anknüpfungsgesichtspunkt verboten ist, dann ist Rassismus gegen die Gleichheit gerichtet, andernfalls kann „Rasse“ - ein Fortschrittskriterium! - als zulässiges Kriterium angesehen werden, d.h. man kann dann Rassist (Antisemit) und gleichzeitig an die Gleichheit glaubender Sozialist sein.

¹¹⁰ S. dazu umfassend *Michael Freedon*, Eugenics and progressive Thought: A Study in Ideological Affinity, in: *The Historical Journal* 1979, S. 645 ff.;

¹¹¹ S. *George L. Mosse*, Die Geschichte des Rassismus in Europa, 1990, S. 85.

¹¹² So diejenige von *Rainer Zitelmann*, Hitler-Selbstverständnis eines Revolutionärs, 1990, S. 462.

¹¹³ S. *Michael Schwartz*, 'Proletarier' und 'Lumpen' - Sozialistische Ursprünge eugenischen Denkens, in: *Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte*, 1994, S. 537 ff.; im übrigen ist der geistige Urheber des Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses der SPD-Chefeugeniker *Grotjahn*: „eine an der wissenschaftlichen Eugenik orientierte sozialistische Bevölkerungspolitik könnte wesentlich dazu beitragen, den deutschen Sozialismus ganz allgemein mit jenem starken nationalen Verantwortungsgefühl zu sättigen, das ... die Erhaltung des Reiches ermöglicht hat“ (1926); s. zum sozialdemokratischen Sozialdarwinismus auch: Sozialstaatsgeschichte: Vom Lumpenproletariat zum Prekariat, in: *eigentlich frei* Heft 67, S. 16.

¹¹⁴ S. zu diesem Komplex *Alberto Spektorowski*, The Eugenic Temptation in Socialism: Sweden, Germany, and the Soviet Union, in: *Comparative Studies in Society and History*, 2004; bemerkenswert, was da unter Sozialismus

Variante des Marxismus verstanden wurde, bis in die 1930er Jahre, als die Sopade (Exil-SPD) an der Erbgesundheitspolitik der NS-Regierung lediglich zu kritisieren fand, daß sie nicht konsequent genug sei, weil sie „asoziale Großfamilien“ begünstigen würde, während an den Eheverböten „gegen Minderwertige“ nichts auszusetzen wäre. Die sozialdemokratische Argumentationsweise¹¹⁵ kann diesbezüglich wie folgt zusammengefaßt werden: Der von Menschen herbeigeführte, nicht mehr als naturwüchsig anzusehende industrielle Fortschritt vermindere die Wirkung der natürlichen Selektionsmechanismen. Deshalb müsse der Staat bei der natürlichen Zuchtwahl tätig werden (SPD-Chefideologe *Kautsky*),¹¹⁶ um die „minderwertigen Individuen durch Maßnahmen der Geburtenprävention an der Erzeugung von unerwünschten Nachkommen zu hindern (SPD-Chefeugeniker *Alfred Grotjahn*). Im Sozialismus werde es dann leicht sein, durch staatliche Maßnahmen Rassenhygiene zu betreiben (*Karl Pearson*), dabei sei diese gerade im Sozialismus erforderlich, weil durch den Ausbau der Sozialfürsorge die Rassendegeneration eher beschleunigt würde (*Eden Paul*). Nur eine „eugenische Religion“ könne dann die Zivilisation noch retten, ja die „Sozialisierung der selektiven Zuchtwahl“ sei dann der einzig „grundlegende und mögliche Sozialismus“ (*G. B. Shaw*). Dieser würde nicht nur den „neuen Menschen“ schaffen, sondern Eugenik als „sozialistisches Kampfmittel“ müsse den sozialismusfähigen Menschen erst herbeiselektieren, so SPD- und danach NSDAP-Eugeniker und schließlich BRD-Anthropologe *Karl Valentin Müller*.¹¹⁷ Zum Zwecke der künstlichen Befruchtung müsse das Zellplasma sozialisiert werden (*H. Brewer*), um jedem das Recht zu geben, bester Abstammung zu sein (*Julian Huxley*). Es wird dann antisozial, Eheschließungen als Privatangelegenheit anzusehen; die Zeit komme, wo die Gesellschaft die Erzeugung eines Schwächlings als Verbrechen gegen sich selbst ansehen würde (*Harald Laski*, Labour-Chefideologe).

Die sozialdemokratischen Lebensreformer haben diesen Ideologiekomplex in ihrer „Volksgesundheit“ unter dem Titel „Hat der Mensch ein Recht auf Fortpflanzung? Die Unfruchtbarmachung der geistig Minderwertigen“ Anfang 1933 mit dem Bekenntnis radikalisiert: „Das Recht des Menschen auf sein Leben ist ein bedingtes. Soweit er die naturwissenschaftlichen Bedingungen nicht erfüllt, muß er unter den Folgen seiner Fehler leiden. Die Natur kennt keine Sündenvergebung.“ *H.G. Wells*¹¹⁸ hatte schon vorausgesehen, daß in der (sozialistischen) Zukunftsgesellschaft das Recht Unheilbarer und Alkoholiker zu existieren nur unter dem Vorbehalt toleriert würde, daß sie sich nicht vorpflanzten, weil andernfalls diese Gesellschaft nicht vor Tötung zurückschrecken könnte. Wohl eher, aufgrund des erforderlichen, aber noch nicht eingetretenen Mentalitätswechsels, auf die sozialistische Zukunftsgesellschaft wurde die staatlich angeordnete Euthanasie verschoben beim maßgeblichen SPÖ-Sozialmediziner der Zwischenkriegszeit *Julius Tandler*: „Welchen Aufwand übrigens die Staaten für vollkommen lebensunwertes Leben leisten müssen, ist zum Beispiel daraus zu ersehen, dass die 30 000 Vollidioten Deutschlands diesem Staat 2 Milliarden Friedensmark kosten. Bei der Kenntnis solcher Zahlen gewinnt das Problem der Vernichtung lebensunwerten Lebens im Interesse der Erhaltung lebenswerten Lebens an Aktualität und Bedeutung. Gewiß, es sind ethische, es sind humanitäre oder fälschlich humanitäre Gründe, welche dagegen sprechen, aber schließlich und endlich wird auch die Idee, dass man lebensunwertes Leben opfern müsse, um lebenswertes zu erhalten, immer mehr und mehr ins

als naheliegend verglichen wird: das sozialdemokratische Schweden der 1930er Jahre mit NS-Deutschland und der kommunistischen Sowjetunion!

¹¹⁵ Nachweise finden sich insbesondere bei *Schwartz*; ansonsten bei *Freedon* und *Graham* wie angegeben.

¹¹⁶ S. *Karl Kautsky*, Vermehrung und Entwicklung in Natur und Gesellschaft, 1910, S. 262 ff.

¹¹⁷ S. zu diesem den einigermaßen akzeptablen Wikipedia-Beitrag:

http://de.wikipedia.org/wiki/Karl_Valentin_M%C3%BCller

¹¹⁸ S. Anticipation of the reaction of mechanical and scientific progress upon human life and thought, Leipzig 1902, S. 270.

Volksbewusstsein dringen. *Denn heute vernichten wir vielfach lebenswertes Leben um lebensunwertes zu erhalten.*¹¹⁹

In Deutschland wurde - neben der Zwangsabtreibung „von Amts wegen bei Idioten, um den biologischen Abfall jeder Generation auf ein Mindestmaß zu reduzieren“ - die Euthanasie von der entschiedenen SPD-Sozialhygienikerin *Oda Olberg*¹²⁰ befürwortet: „Doch als ‘Mutter’ sieht sie den drohenden Konflikt. Denn die ‘Mutterliebe’, aus der ‘für die Rasse unrationelles Erbarmen sprießt, ist gleichzeitig mit einer für die Rasse notwendigen Funktion verknüpft’. Korrektur also auch für die ‘Natur’ der ‘Mutterliebe’, in welcher der rassenhygienische Grundwiderspruch seinen Brennpunkt erfährt. ‘Das triebhafte Erbarmen kann durch klar sehendes, abwägendes Erbarmen überwunden werden.’“¹²¹ Das Ergebnis dieser von maßgeblichen Vertretern der Sozialdemokratie konzipierten staatlichen Selektionsmaßnahmen, das „neue Geschlecht“, hat *Kautsky* wie folgt beschrieben: „... stark und schön und lebensfreudig, wie die Helden der griechischen Heroenzeit wie die germanischen Recken der Völkerwanderung.“¹²² Obwohl Eugenik („Rassenhygiene“) nicht notwendigerweise Rassismus meinte, so dürfte sich aus ersterer die Plausibilität von letzterem aufdrängen, wie am Beispiel des der SPD nahestehenden Gelehrten *Alfred Ploetz*¹²³ demonstriert werden kann, dem es folgerichtig nicht schwer fiel, Anhänger des Nazi-Rassismus zu werden.¹²⁴ Die politische Utopie, die von der SPD kultiviert worden ist, hat hierbei zu der wohl naheliegenden Erkenntnis geführt, daß es schon der Menschenzüchtung, des „neuen Menschen“ im wörtlichen „darwinistischen“ Sinne bedarf, um so etwas Phantastisches wie Sozialismus verwirklichen zu können:

Auch wenn die SPD-Lebensreformer dabei die Gefahr der staatlichen „Vernichtung von Menschenleben“ als logische Konsequenz erkannten und davor zurückschreckten, sie zu aktuell zu propagieren (sondern im Einzelfall wie bei *Tandler* und *Olberg* auf die sozialistische Zukunft schoben, die für Nationalsozialisten allerdings 1933 anbrechen sollte), sondern statt dessen Zwangssterilisationen vorschlugen, so mußten sie es sich doch gefallen lassen, als „Wegbereiter“ ausgemacht zu werden. Daß bei diesem Ideologiekomplex die Vorstellung einer besonderen rassischen Veranlagung für Sozialismus aufkommen konnte, was zur gleichheitskonformen Unterscheidung von weniger und eher zum Sozialismus geeigneten Völkern oder Rassen führen konnte,¹²⁵ dürfte dabei ebenfalls nachvollziehbar sein. Schließlich sollte doch Sozialismus, entsprechend der angeführten Andeutung von *Kautsky*, zu einem germanenhaften Zukunftsmenschen führen. Und hatte nicht *Engels*¹²⁶ davon gesprochen, daß

¹¹⁹ S. *Julius Tandler*, *Ehe und Bevölkerungspolitik*, Wien 1924, S. 17; kursiver Satz ist im Original gesperrt gedruckt und bedeutet: Wenn man schon im Krieg im Allgemeininteresse „wertvolles Leben“ opfert, darf man erst recht und dies dann schon im Frieden, „wertloses Leben“ opfern; im dem Zitat nachfolgenden Absatz wird denn die nicht mehr als rational angesehene Einstellung kritisiert, es sich als Humanität anzurechnen, wenn es der Gesellschaft in „sorgsamer Ängstlichkeit“ gelingt, „Idioten“ „ein behagliches Greisenalter zu sichern“! S. zu *Tandler* den die entscheidenden Fakten verschweigenden (und damit die Bewältigung des Sozialismus ziemlich verfehlenden) Wikipedia-Eintrag: http://de.wikipedia.org/wiki/Julius_Tandler

¹²⁰ S. https://de.wikipedia.org/wiki/Oda_Olberg auch hier gilt das zum *Tandler*-Eintrag ausgeführte!

¹²¹ S. die Nachweise bei *Doris Byer*, *Rassenhygiene und Wohlfahrtspflege. Zur Entstehung eines sozialdemokratischen Machtdispositivs in Österreich bis 1934*, 1988, S. 133.

¹²² S. *Kautsky*, *Vermehrung*, S. 267 im Schlußkapitel „Rassenhygiene“; s. zum „Lumpenproletariat“ als Vorläufer des „Prekariats“ den Beitrag in: *eigentlich frei*, Heft 67, S. 16.

¹²³ S. https://de.wikipedia.org/wiki/Alfred_Ploetz

¹²⁴ So von *Mosse*, a. a. O., S. 99 als Zusammenlaufen von Eugenik und Rassismus gekennzeichnet.

¹²⁵ S. dazu *J. M. Winter*, *The Webbs und the non-white world: a case of socialist racialism*, in: *Journal of Contemporary History*, 1974, S. 181; auf S. 191 heißt es: “It may not have been a complete accident then, that Oswald Mosely (der Führer der britischen Faschisten, *Anm.*) emerged not from the Conservative but rather from the Labour Party.”

¹²⁶ S. *Friedrich Engels*, *Der magyarische Kampf*, in: *MEW* Bd. 6, S. 172; zur großen Ähnlichkeit der Ansichten von *Engels* und *Goebbels*, s. *Löw*, a. a. O., S. 310 ff.

„Völkerabfälle“ (nationale Minderheiten) als Träger der „Kontrevolution“ die Mission hätten, im „revolutionären Weltsturm“, d. h. in der sozialistischen Revolution „unterzugehen“?¹²⁷ Trotzdem wird er noch von der bundesdeutschen SPD geschätzt!

Ist der Schoß fruchtbar noch?

Neben der Tatsache, daß „Bewältigung“ aus VS-Sicht demokratietheoretisch geboten ist und sich somit die SPD ihrer unheilschwangeren Ideologie-Geschichte einmal stellen müßte, um bei Anlegen eines derartigen VS-Maßstabes demokratisch ernst genommen werden zu können, ist die entsprechende „Erinnerung“ - zumindest den Maßgaben der bundesdeutschen Dialogkultur und Erinnerungspolitik entsprechend - wohl deshalb erforderlich, weil in noch nicht lange zurückliegender Zeit davon berichtet wurde, daß das, was im amtlichen VS-Deutsch als „rechtsextrem“ bezeichnet wird, tief in den der SPD nahestehenden Gewerkschaften nistet. „Jeder fünfte Gewerkschafter steht rechts“, wie umfassende Untersuchungen in der üblichen hetzerischen Verkürzung über das „rechtsextremistische Potential“ zusammengefaßt worden sind.¹²⁸ Nach der einschlägigen Studie¹²⁹ sind 19,1% der gewerkschaftlich Organisierten „rechtsextrem“ orientiert. „Gewerkschaftsmitglieder aus der Mittelschicht, die die Hälfte aller Mitglieder ausmachen, sind anderthalb Mal so häufig rechtsextrem eingestellt wie Nichtmitglieder aus dieser Schicht.“ Dies ist deshalb bedeutsam, weil 43% der Gewerkschaftsfunktionäre dieser Schicht angehören. Insgesamt bedeutet dies bei ca. 7,5 Mio. Mitgliedern der DGB-Gewerkschaften etwa 1,5 Mio. gewerkschaftliche Rechtsextremisten, was die Mitgliederzahl sämtlicher VS-amtlich als „rechtsextrem“ eingestuften Parteien weit übertrifft.

Als Erklärung für dieses dann wohl als „national-sozialistisch“ (und damit als parteiverbotsbegründend) zu kennzeichnende Potential wird angeboten, daß der „Neoliberalismus“, eine - so müßte es der „VS“ sehen - antilibérale Hetzvokabel, die sich letztlich gegen die freiheitliche Gesellschaftsordnung richtet, aus Arbeitnehmern soziale und speziell aus Gewerkschaftlern politische Verlierer mache. „Teile dieser Klientel suchten daher Schutz 'durch eine nationalistische und ethnozentrische Politik.'“¹³⁰ Die sinnvollste Erklärung dürfte jedoch sein, daß das sozialistische Gleichheitsversprechen nur bei begrenzten Kollektiven nachvollziehbar zu realisieren ist, während dieses bezogen auf ein internationales Kollektiv wie „Menschheit“ oder (internationale) „Arbeiterklasse“ doch sehr utopisch bleibt.¹³¹ Mit anderen Worten: Es war schon immer naheliegender, Sozialismus mit Nationalismus, denn mit Internationalismus zu verbinden, so daß sich wie von selbst das Konzept des „nationalen Sozialismus“ ergibt, das folgerichtig die soziale mit der ethnischen Homogenisierung verbindet, die Sozialismus erfahrbarer macht. Dies hatte schon *Hitler* den Sieg seines Sozialismuskonzepts über die konkurrierenden Sozialismen von KPD und SPD gebracht.¹³²

¹²⁷ Die Verknüpfung des sozialen Gerechtigkeitsverlangens mit Rassismus ist also tiefergehender angelegt als dies *Götz Aly*, *Hitlers Volksstaat. Raum, Rassenkrieg und nationaler Sozialismus*, 2005, S. 32, mehr beiläufig annimmt.

¹²⁸ S. *spiegel-online* vom 28. Juni 2005; mit „rechts“ ist dabei „rechtsextrem“ gemeint.

¹²⁹ Dazu *Hans-Ulrich Jörges*, Die Gewerkschaftspartei, in: *Stern* 37/2005, S. 154: <http://www.stern.de/politik/deutschland/zwischenruf/zwischenruf-die-gewerkschaftspartei-545553.html>

¹³⁰ S. *Jörges* ebenda.

¹³¹ So die zutreffende Erklärung von *Götz Aly* im Interview mit dem *Handelsblatt* vom 10.08.2005, S. 5: „Elemente des nationalen Sozialismus“; zu dessen Buch über die sozialistische „Wohlfühl-diktatur“ des Dritten Reiches, s. *Hitlers Volksstaat. Was man bewältigen könnte. Der tief fundierte Sozialismus der NSDAP*, in: *eigentlich frei*, Heft 52, S. 38 ff.

¹³² S. dazu ausführlich *Christian Striefler*, Kampf um die Macht. Kommunisten und Nationalsozialisten am Ende der Weimarer Republik, 1993; zum „Faschismus“ und seinem Kontext zur Sozialdemokratie, s. 10. Teil der Sozialismusbewältigung: **Sozialismus als Faschismus – Belege bei Betrachtung außereuropäischer Phänomene** <https://links-enttarnt.de/wp-content/uploads/2025/07/SoziBwltg-X-Faschismus.pdf>

Dabei kam dem NS auch ein latenter Antisemitismus innerhalb der Arbeiterschaft, das von der sozialistischen Hauptströmung verdrängte und parteiamtlich, in einer allerdings äußerst ambivalenten Weise¹³³ auch bekämpfte Erbe des Frühsozialismus zugute, das wegen seines als revolutionär empfundenen Ansatzes sogar als ein besonderes Motiv für die später häufig zu beobachtenden Übertritte von Kommunisten zur NSDAP auszumachen sein dürfte.¹³⁴ Seine schlüssigste Verwirklichung hat die Konzeption der die Individualrechte verachtenden „sozialen Gerechtigkeit“ demnach nicht im Kommunismus erfahren, sondern im deutschen Nationalsozialismus unter *Hitler*, der schließlich zu Beginn seiner politischen Tätigkeit, wie dargelegt, als SPD-Sympathisant gegolten¹³⁵ und sich bei Bekundung seiner wahren Absichten eigentlich - abgesehen von der „jüdischen Führungsschicht“ (da klingt *Dühring* nach!) - immer positiv über diese Partei geäußert¹³⁶ hatte und dem es auch entschieden um die Integration des sozialdemokratischen Arbeiters gegangen ist. Dies ist *Hitler* durch seine sozialpolitischen Maßnahmen derart weitgehend gelungen, daß man schließlich sogar von „so etwas wie eine(r) Affinität sozialdemokratischer Arbeiter zu Hitler“ sprechen konnte, „die auch umgekehrt zutraf.“¹³⁷ Zur Integration in das NS-Regime mußten ehemalige Kommunisten und auch SPD-Leute lediglich „proletarisch“ durch „deutsch“ ersetzen und die Weltanschauung stimmte bereits: Ein Konservativer oder Liberaler, der zum überzeugten Nationalsozialisten wurde, mußte da schon einiges mehr an Anschauungselementen ersetzen.

Die neuste Entwicklung innerhalb der bundesdeutschen Gewerkschaften, die bereits bei Bundestagswahlen zu einer Stärkung des Postkommunismus durch Hinzufügen von „Elementen des Konzepts 'nationaler Sozialismus'“ geführt hat,¹³⁸ bedroht bei VS-Bewertung die Verfassungsordnung, weil dies auf eine stillschweigende Umwertung der Gleichheits- und Freiheitskonzeption hinausläuft, die letztlich gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung gerichtet ist; die Freiheitsrechte werden hierbei kollektivistisch entwertet. Gleichheit erscheint dabei nicht als Chancengleichheit wie sie von der Freiheitsidee gefordert ist, sondern führt zu einer „sozialen Gleichheit, die auf die Rechtsgleichheit des Menschen pfeift.“¹³⁹ Diese verfassungsfeindliche Konzeption hat die klassische SPD gekennzeichnet und stellte die Ursache dafür dar, daß sich der (Links-)Liberalismus zur Zeit von *Lassalle* von der Arbeiterbewegung abgewandt hatte (bis der „Rechtsrevisionismus“ wieder ein Zusammengehen ermöglichen sollte), was *Lassalle* zur Überlegung veranlaßt hatte, Sozialismus mit dem für „Obrigkeitsstaat“ stehenden *Bismarck* durchzusetzen. Nicht nur letzteres, sondern auch die Vollmachten, die sich *Lassalle* - „seinem ganzen Wesen nach ... ein revolutionärer Diktator“¹⁴⁰ - in der ADAV-Vereinssatzung einräumen ließ, machen den autoritären Charakter des Sozialismus deutlich.¹⁴¹ Der die Individualrechte negierende Egalitarismus hat sich in der NS-Zeit durch die „vielen Anleihen des nationalen Sozialismus aus dem linkssozialistischen Ideenvorrat“ ergeben, die schon aus den „Biographien der Beteiligten“ folgten,¹⁴² wofür etwa der Organisator des NS-Judenmordes *Eichmann* steht, der seine „gefühlsmäßigen politischen Empfindungen“ selbst als „links“ einstufte. Diese

¹³³ S. *Silberner*, a. a. O., S. 203 ff, speziell zur österreichischen Sozialdemokratie, die die Ambivalenz besonders verkörpert, s. S. 231 ff; sowie *Hans-Helmuth Knütter*, Die Juden und die deutsche Linke in der Weimarer Republik 1918 - 1933, 1971.

¹³⁴ So *Striefler*, a. a. O., S. 192.

¹³⁵ S. *Höhne*, a. a. O., S. 41 f. m. w. N.

¹³⁶ S. dazu *Rainer Zitelmann*, Hitler. Selbstverständnis eines Revolutionärs, 1993, S. 464, m. w. N.

¹³⁷ S. *Höhne*, a. a. O., S. 360.

¹³⁸ So *Aly* hinsichtlich der Wahlpropaganda des ehemaligen SPD-Vorsitzenden und SPD-Kanzlerkandidaten und dann DDR-Verharmlosers der WASG und zwischenzeitlichen Co-Vorsitzenden der Ex-SED *Oskar Lafontaine*.

¹³⁹ So zu Recht *Aly*, ebenda.

¹⁴⁰ So *Gilg*, a. a. O., S. 58.

¹⁴¹ S. *Miller*, a. a. O., S. 48 ff.

¹⁴² So *Aly*, Hitlers Volksstaat, S. 15.

Problematik stellt sich unabhängig von der Frage, ob denn der NS nicht doch als eher rechts einzustufen wäre: selbst wenn, seine verhängnisvollsten Ideen hat er von der politischen Linken übernommen als diese schon - zumindest teilweise - zum Verdrängen geschritten waren.

Angesichts dieser historischen Kontinuitäten muß es schon erschrecken, wie die SPD-Führung zum Zwecke der Niederhaltung der erkennbar vorhandenen Grundstimmung in Richtung nationaler Sozialismus innerhalb der ihr nahestehenden Gewerkschaften, eine gegen den „Neoliberalismus“ gerichtete „Heuschrecken-Debatte“ eröffnet hat, die den im Sozialismus mangels Vergangenheitsbewältigung latent vorhandenen Antisemitismus bedient. Gerade „Finanzkapital“ ist nämlich in der sozialistischen Tradition schon immer als „Codewort“ (VS-Vokabel) für „Herrschaft des Judentums“ verwendet worden. Die Geschichte des Sozialismus zeigt, daß er „je nach den politischen oder sozialen Umständen sich dem Antisemitismus ebensogut nähern und mit ihm liebäugeln wie ihn ablehnen und bekämpfen kann. Sie lassen auch, sofern man überhaupt von der Vergangenheit auf die Zukunft schließen darf, eine neuerliche Annäherung von Sozialismus und Antisemitismus als durchaus möglich erscheinen. Das fiele jedenfalls nicht aus dem Rahmen sozialistischer Tradition ... Dazu bedarf es keiner Änderung der sozialistischen Theorie.“¹⁴³ Im Sozialismus ist latent immer schon der nationale Sozialismus vorhanden gewesen, was VS-Beobachtung gewissermaßen an der Quelle erfordert, zumal der amtliche SPD-VS ohne weiteres „gegen rechts“ die Annahme bejaht, daß man im Interesse des Demokratieschutzes zwingend von der Vergangenheit auf die Zukunft schließen dürfe oder gar müsse. Dann muß aber dringend „beobachtet“ werden, wie es um das „rechtsextremistische Potential“ bei dieser SPD noch bestellt sein könnte: Könnte gerade dort die Auferstehung des bundesdeutschen Verfassungsteufels Adolf erfolgen?

„Geheime“ Zusätze zu „Godesberg“

Die SPD wird sich gegen das Ansinnen einer VS-Beobachtung und damit ihrer Einordnung als Parteiverbotskandidat, womit sie gerne unerwünschte konkurrierende Strömungen von rechts überzieht, mit dem Hinweis verwahren, daß sie mit dem noch irgendwie geltenden *Godesberger Programm* von 1959¹⁴⁴ förmlich ihr Programm in Einklang mit dem gebracht habe, was sie trotz aller verquerer Ideologie in der Praxis schon immer gewesen sei, nämlich eine demokratischer Reformpartei, die schon immer für Freiheitsrechte eingetreten sei. Mit diesem Programm, das schließlich dem (Rechts-)Revisionismus eines *Bernstein*¹⁴⁵ endgültig zum Sieg verholfen habe, habe sie dem Marxismus als Parteidoktrin abgeschworen und aufgehört, Sozialismus im Sinne einer Utopie als Religionsersatz anzusehen. An diesem Selbstverständnis ist sicherlich vieles richtig, nur kommt es bei der Frage der VS-Überwachung - zumindest im Falle von rechts - nicht (nur) auf das offizielle Programm und das dabei möglicherweise gemachte „Lippenbekenntnis“, sondern vor allem auf die „geheimen“ Zusätze an, die sich aufgrund der Verankerung in einer bedenklichen Tradition, Mentalität und Utopiesehnsucht wie von selbst ergeben. So steht über dem Programm von Godesberg bekanntlich das „etwas - sagen - wollende Augenzwinkern“ des SPD-Großstrategen *Herbert Wehner* an den marxistischen Flügel: „Ich würde mich gegen ein Programm wenden, das zu tun, was sie als Sozialdemokraten für notwendig halten, wenn sie die Macht haben“, ¹⁴⁶ d.h. das offizielle Programm ist letztlich für das ideologische Selbstverständnis unwichtig, vielmehr kommt es darauf an: „wie kommen wir mit den Mitteln der Demokratie zum Sozialismus. Das entscheidende demokratische Mittel

¹⁴³ So zusammenfassend *Silberner*, a. a. O., S. 294 f.

¹⁴⁴ S. https://de.wikipedia.org/wiki/Godesberger_Programm

¹⁴⁵ S. https://de.wikipedia.org/wiki/Eduard_Bernstein

¹⁴⁶ So *Frederik*, a. a. O., S. 416 m. w. N.

aber ist der Wahlsieg der SPD.“¹⁴⁷ Bei dieser Aussage stellt sich aber zwingend die Frage, ob „Sozialismus“ dabei die Überwindung der Demokratie ist oder deren „Vollendung“ darstellt: Oder ist diese Alternative im Wege der Hegelschen Dialektik „aufgehoben“? „Volksdemokratie“ ist dann doch die wirkliche Demokratie!

Um das (gewissermaßen) VS-Konforme ihres Sozialismus auszudrücken, hat die SPD den durch Kommunismus und Nationalsozialismus (zumindest vorübergehend) zum Unwort gemachten „Sozialismus“ mit unterschiedlichen Adjektiven wie „freiheitlich“ oder „demokratisch“ versehen: Der „freiheitliche Sozialismus“ steht in einer bemerkenswerten Tradition, ist doch davon zuerst in Bezug auf *Johann Most*¹⁴⁸ die Rede gewesen, dessen weitgehende Adaption der *Dühringschen* Theorien „gewissermaßen der erste Schritt vom autoritären zum freiheitlichen Sozialismus“¹⁴⁹ gewesen sein soll. Das Wort „demokratisch“ löst das Abgrenzungsproblem zur Verfassungsfeindlichkeit nicht wirklich, gesteht doch die „freiheitliche demokratische Grundordnung“¹⁵⁰ der (linksextremen) „Volksdemokratie“ durchaus die demokratische Legitimität zu, will sich von dieser jedoch abgrenzen. Maßgebend für „Godesberg“ ist deshalb schließlich der sog. „ethische Sozialismus“ geworden, der sich in den „Grundwerten des Sozialismus“ niederschlägt, wonach „der Mensch (sic!) seine Persönlichkeit in Freiheit entfalten und als dienendes Glied der Gemeinschaft (sic!) verantwortlich am politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben der Menschheit (sic!) mitwirken“ können soll. Als Hauptverantwortlicher für diesen „ethischen Sozialismus“ ist der gewissermaßen letzte SPD-Chefideologe *Willi Eichler*¹⁵¹ auszumachen, der einst als Nachfolger von *Leonard Nelson*¹⁵² als Vorsitzender des „Internationalen Sozialistischen Kampfbundes“ (ISK) fungiert hatte, einer der vielen linksradikalen Sekten, die sich in der Zwischenkriegszeit zwischen KPD, SPD und Dadaismus bewegt haben.

„Der ISK war die erste sich zur Linken bekennende ... und auf der Linken operierende Partei, die das Mehrheitsprinzip offen und grundsätzlich ablehnte und sich mit allem Nachdruck 'antidemokratisch' nannte.“¹⁵³ *Nelson* wollte an Stelle von Mehrheitsprinzip und Volkssouveränität einerseits und der außenpolitischen Unabhängigkeit andererseits die Verfassungsgerichtsbarkeit und die internationale Einbindung setzen, um seine „Ethik“ als maßgebend durchzusetzen. Was *Nelson* und seine Schüler - neben *Eichler* ist etwa der langjährige IG-Metall-Vorsitzende *Otto Brenner*¹⁵⁴ zu nennen - in anerkannter Selbsterkenntnis als „antidemokratisch“ ausgemacht hatten, würde *Eduard Bernstein*, der mit „Godesberg“ den ideologischen Sieg davon getragen hat, durchaus als von den Zeitumständen geforderte Ausprägung des Demokratieprinzips erkennen, hatte er doch selbst eine kulturphilosophische Standortbestimmung herausgegeben, nämlich von *David Koigen*,¹⁵⁵ Kultur der Demokratie. Vom Geiste des volkstümlichen Humanismus und vom Geiste der Zeit, 1912, die für die demokratische Staatsform wenig Interesse zeigte, sondern sich für „das Demokratische“ als „Beherrschungs- und Bewertungsmethode des Lebens“ aussprach. „Das Demokratische“ „kann damit auf alle Lebensgebiete angewandt werden, aber zugleich im

¹⁴⁷ So *Herbert Wehner*, in: *Vorwärts* vom 04.12.1959.

¹⁴⁸ S. https://de.wikipedia.org/wiki/Johann_Most

¹⁴⁹ So zumindest *Rudolf Rocker*, *Johann Most. Das Leben eines Rebellen*, 1924, S. 56 f.

¹⁵⁰ S. die Begründung für diesen Begriff im Parlamentarischen Rat durch v. *Mangoldt*; es darf außerdem darauf hingewiesen werden, daß in Indien und Sri Lanka „demokratisch“ beim Sozialismus eher Synonym für „national“ ist als daß damit eine Abgrenzung zum Kommunismus vorgenommen würde.

¹⁵¹ S. https://de.wikipedia.org/wiki/Willi_Eichler

¹⁵² S. https://de.wikipedia.org/wiki/Leonard_Nelson

¹⁵³ Nachweis bei *Schrenck-Notzing*, a. a. O., S. 105.

¹⁵⁴ S. https://de.wikipedia.org/wiki/Otto_Brenner

¹⁵⁵ S. https://de.wikipedia.org/wiki/David_Koigen

Gebiet der politischen Entscheidung eingeschränkt werden.“¹⁵⁶ Und nichts anderes bedeutet der Begriff „Sozialdemokratie“, d.h. der „Gesellschaftsdemokratie“, der sehr wohl geeignet ist, Freiheit und Demokratie beschränkende Maßnahmen als „demokratisch“ auszugeben. Dafür steht etwa der von der SPD als politisches Hauptanliegen eingeführte bundesdeutsche Sonderweg der Unternehmensmitbestimmung, die als Ersatz für die zur Zeit der Weimarer Republik geplante Totalsozialisierung steht, was nur durch erhebliche Eingriffe in Freiheitsrechte (Eigentums-, Gewerbe- und Vereinigungsfreiheit) als „Demokratisierung der Wirtschaft“ zu verwirklichen ist. Notwendigerweise läuft dann „mehr Demokratie“ auf weniger Freiheit hinaus.

Die mit „Wirtschaftsdemokratie“ ursprünglich verfolgte Zielsetzung ist dabei letztlich auf die Etablierung einer zum Staat parallel stehende Machtbildung der Gewerkschaften gerichtet (gewesen). *Alfred Weber* hat dies auf einem Gewerkschaftskongreß dergestalt zum Ausdruck gebracht,¹⁵⁷ daß Staat und Gewerkschaft als „wesentliche Träger des ständigen Demokratisierungsprozesses“ (Godesberger Programm) parallele Integrationsprozesse verfolgten, wobei es auf das „Tempo des Fortschreitens“ ankomme. Bleibe der Staat zurück, dann müsse er sich den Forderungen der Gewerkschaften beugen, die diese auch durch außerparlamentarisches Vorgehen durchsetzen dürfen. „Die Demokratie ist danach keine Verfahrensweise, sondern ein inhaltlich fixiertes Ziel. Jeder, der diesem Ziel entgegenschreitet, ist damit von vornherein demokratisch legitimiert, jeder, der ihm widerstrebt, kriminalisiert, auch wenn er sich auf die 'zufällige Mehrheit' stützt.“¹⁵⁸

Es wird klar, daß in den „geheimen Zusätzen“ des Godesberger Programms weiterhin die Vorstellungen der *Bebel*-SPD aufscheinen. Damit werden die Bekenntnisse zu den Freiheitsrechten erheblich entwertet, weil diese doch nur unter bestimmten Umständen - so läßt sich schon die Einlassung von *Bernstein* verstehen - demokratisch sind, d.h. wenn man sie etwa dem Obrigkeitsstaat entgegenhält oder die „Demokraten“ in der Minderheit sind und von Freiheitsrechten profitieren wollen. Dabei ist der Begriff der „Demokratisierung“ verräterisch, der im „Obrigkeitsstaat“ sicherlich seine Berechtigung hatte, aber in der freiheitlichen demokratischen Grundordnung (wie schon in der Weimarer Demokratie) als gänzlich verfehlt und verfassungsfeindlich angesehen werden mußte: Denn wie soll denn eigentlich die Demokratie „demokratisiert“ werden oder soll man die Bundesrepublik Deutschland doch nicht als solche anerkennen? (eine Bewertung, die im Falle von „rechts“ nach Ansicht von SPDlogen „Verfassungsfeindlichkeit“ zum Ausdruck bringt). Die gewissermaßen „Steigerung von Demokratie“ („Demokratisierung“) läuft dann wohl doch auf die „totalitäre Demokratie“ hinaus: „Volksdemokratie“ mit Parteiverboten gegen rechts als „wahre Demokratie“!

Deren Kern besteht nämlich in der Annahme, „Nichtdemokraten“ zur Demokratieverwirklichung die Freiheitsrechte aberkennen und entsprechende Parteien verbieten zu müssen, da in der fortgeschrittenen Demokratie Freiheitsrechte nicht mehr die Bedeutung haben können, die sie zugunsten von Demokraten in der zurückgebliebenen Demokratie oder der Vor-Demokratie (Obrigkeitsstaat) haben mußten. Im Sozialismus transformiert man dann Grundrechte in „Werte“, macht sie dadurch - den Weg von der Menschenrechtserklärung zum *terreur* in der vorbildlichen Französischen Revolution imitierend - zu staatlichen Kompetenznormen und schließlich zu Strafnormen, die sich gegen politische Opposition einsetzen lassen. Freiheitsrechte gelten dann weiterhin, nur nicht als Rechtsansprüche von „Nichtdemokraten“, sondern als Bekenntnisgehalte der Demokratiegläubigen. Diese Ideo-Logik führt im Extremfall dazu, etwa den Gleichheitssatz so zu

¹⁵⁶ S. *Schrenck-Notzing*, a. a. O., S. 85 f.

¹⁵⁷ S. ebenda, S. 125 f.

¹⁵⁸ S. ebenda, S. 126.

verstehen, daß er zur Vermeidung des strafrechtlich sanktionierten Diskriminierungsvorwurfs gebietet, die Einheitsliste der Demokraten zu wählen: Der Marxismus ist demnach in der SPD nicht überwunden, sondern feiert als „Kampf gegen Rechts“ mit seiner „Verbotsdiskussion“ als Beeinträchtigung des Mehrheitsprinzips und des Meinungspluralismus fröhliche Urstände!

SPD und die Gefährdung der Freiheit in der Bundesrepublik Deutschland

Es dürfte klar sein, daß diese „geheimen Zusätze“ zum SPD-Parteiprogramm, die das enthalten, was eine schon längere, offensichtlich nicht überwundene, schon gar nicht bewältigte SPD-Tradition hat, angesichts der politischen Bedeutung dieser Partei nicht ohne Auswirkungen auf die Situation der Bundesrepublik Deutschland bleiben können. Der Abfall der Linken von der Demokratie, der durch nachhaltige Demokratiebekenntnisse kaschiert wird, hat sich schon zu Beginn der Bundesrepublik in der Aussage des hessischen Ministerpräsidenten *Zinn* (SPD)¹⁵⁹ ausgedrückt: „Wir können es uns nicht leisten, uns auf die Massen zu stützen,“¹⁶⁰ weshalb etwa das Grundgesetz nicht einem Plebiszit unterworfen worden ist. „Man schneiderte für die Grundentscheidung des Abfalls von der Volkssouveränität immer neue zeitphilosophische Gewänder. Erst lieferte das 'Atomzeitalter', dann die 'zweite industrielle Revolution', die 'Automation', der 'Bildungsnotstand', die 'Friedenspolitik' den modischen Stoff.“¹⁶¹ Seit längerem ist es die „Bewältigung“, die unterstellt, insbesondere die SPD hätte aus der „Vergangenheit“ Lehren gezogen, während das (deutsche) Volk, das einst naturgemäß Bezugspunkt der Demokraten gewesen ist, unter permanenten Faschismusverdacht gestellt und als rechtsextrem eingeordnet wird.¹⁶²

Dieses hält man in Übereinstimmung mit dem „ethischen Sozialismus“ des Gegners der Volkssouveränität und eigentlichen Vaters von „Godesberg“ (zumindest von dessen „geheimen“ Zusätzen), *Leonard Nelson*, in Schach, indem man die Deutschen der internationalen Einbindung unterwirft, d.h. aus dem Grundgesetz eine Art internationale Gemeindeordnung macht. Im Rahmen dieser quasi-gemeindlichen Selbstverwaltung, deren Entscheidungen unter dem Vorbehalt der Billigung durch internationale Gremien stehen, läßt man sich, um die Entwertung der Volkssouveränität zum Abschluß zu bringen, von der sonderweglich ausgebauten Verfassungsgerichtsbarkeit die „Werte“ vorgeben, mit denen man politische Feinde unter Faschismus-Verdacht stellen und deren Grundrechte - auch außerhalb des sonderweglichen Verfahrens nach Artikel 18 GG - faktisch aberkennen kann. Wenn Demokratie kein rechtsstaatlich definierbares, weitgehend ergebnisoffenes politisches Verfahren darstellt, sondern etwas, das inhaltlich determiniert ist und etwa zwingend die internationale Einbindungsbereitschaft, wie €-Untertänigkeit vorschreibt, dann reduziert sich Demokratie auf ein demokratisches Bekenntnis, dessen Inhalt jeweils aufgrund einer zeitgebundenen geistesgeschichtlichen Analyse - von SPD-Theoretikern etwa der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) - ermittelt wird: So ist mittlerweile etwa staatlich vorgegebene „Erinnerung“ mit „Verbotsdiskussion“ gegen konkurrierende Parteien „gelebte Verfassung.“¹⁶³

Dieser Verfassungskollektivismus, der nicht nur den intimen Vorgang des „Erinnerns“ staatlich reglementieren will, sondern die Ausübung politischer Rechte vom Glauben an die von der SPD

¹⁵⁹ S. https://de.wikipedia.org/wiki/Georg-August_Zinn

¹⁶⁰ S. *Peter H. Merkel*, *The Origin of the West German Republic*, 1963, S. 81.

¹⁶¹ S. *Schrenck-Notzing*, a. a. O., S. 120.

¹⁶² S. dazu den 4. Teil der Serie zur Parteiverbotskritik: **Verbotsurteile gegen das deutsche Wahlvolk** <https://links-enttarnt.de/wp-content/uploads/2025/02/VerbKrit4.pdf>

¹⁶³ So Kanzler *Schröder* (SPD) bei einer der zahlreichen Bewältigungsveranstaltungen des Jahres 2005, s. *FAZ* vom 26.01.05.

noch tolerierbar erscheinenden Ansichten abhängig macht, transformiert Demokratie in eine Herrschaftsform, die einer Theokratie ähnelt, wie letztlich schon *Nelson* postuliert hat. „Fortschrittliche Demokratie“ manifestiert sich dann in der Verfolgung der von der demokratisch gebotenen Einheitsmeinung abweichenden „Nichtdemokraten“. In der Bundesrepublik Deutschland heißt dies „Verfassungsschutz“, der „Mehr Demokratie wagen!“ (*Brandt*) mit „Radikalerlaß“¹⁶⁴ - bei politischem Bedarf sogar gegen links - ausbuchstabiert. Seitdem es dabei eigentlich nur noch „gegen rechts“ geht, also etwa seit der Wiedervereinigung und des damit verbundenen Untergangs des „allgemeinen sozialistischen Zuchthauses“ (*Bismarck*), ist dieser Art von „Verfassungsschutz“ zum wesentlichsten Demokratisierungsanliegen der Sozialdemokratie geworden. Die SPD-Aktivisten im amtlichen VS, die gleichzeitig bei parteipolitischen Vorfeldorganisationen wie *blick nach rechts* oder *FES* Feinde bekämpfen, schwingen sich dabei zu der von *Nelson*¹⁶⁵ postulierten „wahren unsichtbaren Kirche“ auf, „die ohne Dogmen und Zeremonien besteht und die allein von den Priestern der Wahrheit und Gerechtigkeit verwaltet wird.“

Bei *Nelson* führt nämlich der Gleichheitsgedanke zu einer Elite der wahrhaft Erkennenden. Dementsprechend sollte das Entstehen einer die Bundesrepublik Deutschland zunehmend prägenden sozialdemokratischen Verfassungsreligiosität nicht verwundern, die zwar nicht mehr den „Sozialismus“ zum Religionersatz macht, aber doch das auf ein sozialdemokratisches Vorverständnis reduziertes „Grundgesetz“.¹⁶⁶ Dieser neo-sozialistische Religions- bzw. Theologieersatz, der mit „Vergangenheitsbewältigung“ auf den Begriff gebracht wird, gebietet dann die für „demokratisches Bekenntnis“ stehenden Tabus der *political correctness*, die der Sozialdemokratie weiterhin eine moralische Vorrangstellung vor konkurrierende politisch-weltanschauliche Strömungen sichern, zumindest im Falle der Unterwerfungsbereitschaft einer immer mehr (wieder) zum Sozialismus tendierenden „Christdemokratie“.¹⁶⁷ Wenn SPD-Funktionäre etwa staatstheologisch vor der „Verlockung des Verdrängens“ schwadronieren, meinen sie ja nicht die Bewältigungsbedürftigkeit etwa der Tatsache, daß sich *Hitler* nach den Erkenntnissen der Sopade schon 1935 hauptsächlich auf die Arbeiterschaft, d.h. die früheren SPD-Wähler stützen konnte,¹⁶⁸ sondern richten diese Bewältigungsaufforderung zur Unterminierung der politischen Chancengleichheit nur an andere und fühlen sich selbst dabei gar nicht angesprochen.

Als Beispiel für den sozialdemokratischen Weltanschauungsstaat, der sich hierbei ergibt, mag aus noch jüngerer Zeit neben zahlreichen anderweitigen besonderen bundesdeutschen Demokratieerlebnissen die disziplinarrechtliche Verfolgung des Gymnasiallehrers *Karl-Heinz Schmick* durch den immerhin zwischenzeitlich abgewählten, aber dann wieder installierten Berliner Volksfrontsenat angeführt werden.¹⁶⁹ Diese Verfolgung mit dem Ziel der Förderung der SPD-verursachter Arbeitslosigkeit steht für zahlreiche andere politische Diskriminierungsmaßnahmen, deren Ausmaß die gegen SPD-Anhänger im Obrigkeitsstaat

¹⁶⁴ S. zur insoweit berechtigten Kritik von links *Manfred Histor*, Willy Brandts vergessene Opfer. Geschichte und Statistik der politisch motivierten Berufsverbote in Westdeutschland 1971 - 1988, 1989.

¹⁶⁵ S. *Leonhard Nelson*, System der philosophischen Rechtslehre und Politik, 1924, S. 608.

¹⁶⁶ In der Tat ist genau diese Verfassungsreligiosität zu überwinden, um die Vorherrschaft des sozialdemokratischen Ideologiekomplexes mit seinen antipluralistischen Parteiverbotsforderungen zu überwinden; s. dazu den 13. Teil der Serie zur Verfassungsdiskussion: **Verfassungsdiskussion als notwendige Delegitimierung der BRD-Zivilreligion und Voraussetzung eines bleibenden AfD-Erfolgs** <https://links-enttarnt.de/wp-content/uploads/2024/10/VfgDisk13-ZivilreligAbw.pdf>

¹⁶⁷ S. dazu den 18. Teil der Serie zur Sozialismusbewältigung: **Rückkehr des Sozialismus durch die Christdemokratie?** <https://links-enttarnt.de/wp-content/uploads/2025/02/SoziBwltg-XVIII-CDU-Sozialism.pdf>

¹⁶⁸ S. *Höhne*, a. a. O., S. 360.

¹⁶⁹ S. dazu mwN.: https://inrur.is/wiki/Karl-Heinz_Schmick und <https://www.tagesspiegel.de/berlin/umstrittener-geschichtslehrer-unterrichtet-wieder-1484347.html>

gerichteten vergleichbaren Maßnahmen zahlenmäßig bereits überschritten haben dürfte, wobei dies in der Bundesrepublik Deutschland unter „Demokratie“ läuft, die damit entschieden delegitimiert wird! Diesem Lehrer sollte ein Verbot des Diktatorenvergleichs (*Hitler - Stalin*) mit Sanktionsfolge Dienstentlassung auferlegt werden,¹⁷⁰ was das zuständige (sozialdemokratisch dominierte?) Verwaltungsgericht immerhin mit einer Gehaltskürzung von 10% für ein Jahr geahndet hat! Ideologiekritisch läuft dies darauf hinaus, daß Volksfrontpolitik, die Vertreter des ehemaligen sozialistischen Zuchthauses an die Regierung bringt und die Erosion der Abgrenzung von SPD und Linksextremismus deutlich macht, als völlig legitim angesehen wird. Ja mehr noch: die (Ex?)Kommunisten dürfen ihre Demokratisierungs-Konzeption der Steigerung der Demokratie auch noch durch Verfolgungsmaßnahmen gegen harmlose „rechte“ Lehrer verwirklichen!

Die maßgeblichste Bedrohung der politischen Freiheit dürfte das von der SPD und des mit ihr verbündeten ideologischen Linksextremismus monopolisierte Instrument des Antisemitismusvorwurfs darstellen. Dieses Instrument hatte den wesentlichen Einstieg in die totalitäre Machtausübung des Sowjetregimes dargestellt, indem Volkskommissar (Minister) *Larin* zu Beginn des sowjetischen Terrorregimes dekretiert hatte: „Aktive Antisemiten sind für vogelfrei zu erklären, d.h. sie sind zur erschießen!“¹⁷¹ In der ideologiekritisch von der SPD dominierten Bundesrepublik Deutschland etabliert dieses Instrument nicht nur Vergleichsverbote zugunsten linksextremer Anliegen, sondern erlaubt der politischen Linken unter Einschluß des Linksextremismus und vor allem aus diesem hervorgegangenen 68ern, den wirklichen Neo-Nazis,¹⁷² ihre politisch-ideologische Agenda der unverkennbar bestehenden rechtlichen¹⁷³ und vor allem weltanschaulichen¹⁷⁴ Privilegierung der entsprechenden Bevölkerungsgruppe anzupassen, um unter dem Vorwand von deren Schutz mittels ideologie-politischer Kombinationsstrategien („Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit“)¹⁷⁵ eine linke Agenda durchzusetzen: Wer etwa gegen massive Türkeneinwanderung durch eine (mittlerweile immerhin wohl zurückgestellte) geplante EU-Mitgliedschaft der Türkei ist, wird durch diese Kombinationsstrategie zum „Antisemiten“ gemacht, der eigentlich vogelfrei ist, wenngleich es der „Toleranz“ von Demokraten noch geschuldet ist, daß man zu weniger weitreichenden Mitteln greift als den sowjetischen, wenngleich der Demokratisierungslogan „Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen“ die Steigerungsfähigkeit der politischen Diskriminierung deutlich macht, was ja den VS eigentlich interessieren müßte. Im „Kampf gegen rechts“ kann dabei die SPD zeigen, daß sie vom Ex-Bolschewiken *Wehner* gelernt hat, wenn sie den Parteipluralismus durch Herabwürdigung von Menschen (die sie nur nicht als

¹⁷⁰ S. Vergleichen verboten. Jedenfalls in der Untersekunda: Disziplinierung eines Lehrers, in: *FAZ* vom 29.06.2005, S. 39.

¹⁷¹ S. bei *Alexander Solschenizyn*, „Zweihundert Jahre zusammen“. Die Juden in der Sowjetunion, 2003, S. 99.

¹⁷² S. dazu den 8. Teil der Serie zur Sozialismusbewältigung: **Die deutschen 68er: Die eigentlichen Neo-Nazis? Plädoyer für die Bewältigung der Vergangenheit der wesensverwandten „68er“**
<https://links-enttarnt.de/wp-content/uploads/2020/10/Sozialismusbewaeltigung-Teil-8.pdf>

¹⁷³ S. die Einschränkung der Straflosigkeit von Kollektivbeleidigung zugunsten von Juden bei BGHZ 75, 160, 163: „Dies hat der Bundesgerichtshof im Gegensatz zu seiner sonst einengenden Haltung gegenüber anderen Kollektivbeleidigungen bejaht.“

¹⁷⁴ Man könnte die Frage stellen, wieso Antisemitismus so schlimm sein soll, während eine Anti-Rechts-Einstellung trotz der massenmörderischen Erfahrung der chinesischen Kulturrevolution, die sich „gegen Rechts“ (Rechtsabweichler, Rechtsrevisionisten und dergl.) gerichtet hat, in der Bundesrepublik Deutschland bundesverdienstkreuzwürdig ist; s. dazu den 13. und 14. Teil der Serie zur Sozialismusbewältigung: **Der „Kampf gegen rechts“ in der Volksrepublik China – Massenmord und Menschenexperiment**

<https://links-enttarnt.de/wp-content/uploads/2021/11/SoziBwltg-XIII-Chinaggrechts.pdf>

Die „Große chinesische Kulturrevolution“ als Vorbild der deutschen 68er: Der Kannibalismus der sozialistischen Haßkultur

<https://links-enttarnt.de/wp-content/uploads/2020/10/Sozialismusbewaeltigung-Teil-14.pdf>

¹⁷⁵ Eigentlich müßte diese Kombination selbst als „antisemitisch“ bezeichnet werden, weil sie unterstellt, daß Juden etwas Fremdes seien.

solche ansprechen will) zu „Scheiße“ macht und mit ähnlichen Fäkalausdrücken delegitimiert. Darin zeigt sich pseudoreligiöser Haß, weil „die Rechten“ wohl dafür verantwortlich sind, daß sich die überkommenen utopischen Sehnsüchte aus *Bebel*-Zeiten, selbst als „Grundgesetz“ einfach nicht verwirklichen.

Bekanntlich ist denn auch der linke Anti-Antisemitismus, der den politischen Gegner fast rassenkategorisch zum Unmenschen macht und deshalb gelegentlich zu einem rassistoiden Philosemitismus ausartet, nie selbstlos gewesen¹⁷⁶ und dementsprechend wird auch beim „Kampf gegen Rechts“, der zunehmend das einzig genuin sozialdemokratische Politikfeld¹⁷⁷ einer ansonsten wenig spezifisch sozialdemokratischen Politik darzustellen scheint, die ganze Ambivalenz des traditionellen Anti-Antisemitismus der Sozialdemokratie deutlich: Seine Definition des „Rechtsextremismus“ ist nämlich so angelegt, daß es kaum Schwierigkeiten bereitet, beim „Kampf gegen Rechts“ - wie es in der üblichen antipluralistischen Weise lautet (statt „rechtsextrem“, „rechtsradikal“, „rechtsextremistisch“) - einen latenten Antisemitismus zu entdecken, ja mehr noch: der latente Antisemitismus, der letztlich in der Bundesrepublik von Bedeutung ist, besteht gerade im Vorwurf des Rechtsextremismus!¹⁷⁸ „Den Rechten“ wird nämlich, etwa mit der - ernst gemeinten! - Anschuldigung, Volk und die eigene Nation zum obersten Wert zu machen¹⁷⁹ (so wie es im wohl demokratieadäquaten Diensteid des Grundgesetzes steht), ideologisch *cum grano salis* zum Vorwurf gemacht, was seit der Antike¹⁸⁰ „den Juden“ angekreidet worden ist und ihnen noch heute, insbesondere bei pro-israelischer Einstellung, jederzeit vorgeworfen werden könnte. Man stelle sich nur vor, in den für das Judentum wohl weitgehend repräsentativen Auffassungen von *Salomon Korn*

„Nur die Gemeinschaft bietet Schutz, der Einzelne hat auf Dauer keine Chance“ „Ich engagiere mich für die Gemeinschaft, weil sie unabdingbare Grundlage meines Lebens ist“ „Das Motiv (zur Übernahme eines politischen Amtes, Anm.) liegt in der Geschichte meiner Familie und des jüdischen Volkes. Der Einsatz für die Gemeinschaft gehört seit biblischen Zeiten zu den Grundsätzen des Judentums“¹⁸¹

würde man statt „jüdisch“ oder „Judentum“ die Begriffe „deutsch“ und „Deutschtum“ setzen: Man hätte dann, in den Kategorien des SPD-dominierten VS gesprochen, den typischen „Rechtsextremisten“, dem „völkischer Kollektivismus“ vorgeworfen wird, der die „Würde des Einzelnen“ unterminiere etc. pp. Die einzige Möglichkeit, den Widerspruch aufzulösen, daß bei einem Juden / Israeli gut sein soll, was bei einem „normalen“ Deutschen verfassungsböse ist, besteht in der Annahme, daß letzterem von der SPD in einer antipluralistischen Weise demokratiefeindlich eine politische Option aberkannt wird, die man bei anderen Völkern für selbstverständlich hält: Die Deutschen sind halt eine demokratieuntaugliche Nation, denen

¹⁷⁶ S. *Sonja Margolina*, Das Ende der Lügen. Rußland und Juden im 20. Jahrhundert, 1992, S. 71 hinsichtlich der „bolschewistischen Judophilie“.

¹⁷⁷ S. dazu insbesondere die *Leitlinien für den Umgang mit Rechtsextremisten*, die man nur als Anleitung zum Haß verstehen kann; es wird allerdings im Falle der SPD keine Verfahren wegen „Volksverhetzung“ geben!

¹⁷⁸ S. dazu den 6. Teil der Serie zum Parteiverbotssurrogat: **Bundesdeutscher „Kampf gegen rechts“ als (latenter) Antisemitismus** https://links-enttarnt.de/wp-content/uploads/2020/09/Parteisurrogat_Teil-6.pdf

¹⁷⁹ Vgl. die jüngere SPD-Kampfschrift mit dem bezeichnenden Demokratisierungstitel: Für eine starke Demokratie - Wirksam handeln gegen rechts!, S. 45: Die Ausschaltung einer gesamten politischen Strömung verstehen SPD-Ideologen als „Demokratie“! Die Verwandtschaft zur „Volksdemokratie“ ist wohl nicht zu verkennen, nicht wahr?

¹⁸⁰ „Die Griechen sahen die Ökumene, d. h. das zivilisierte Universum (im Gegensatz zum Chaos jenseits der Grenzen), in dem ihre Ideen die Oberhand hatten, als multirassische und multinationale Gesellschaft, und diejenigen, welche diese ablehnten (d.h. überwiegend die Juden, *Anm.*), waren Menschenfeinde“, s. *Paul Johnson*, A History of the Jews, 1987, S. 134.

¹⁸¹ S. das Interview mit *Salomon Korn*, in: *Die Welt* vom 22.09. 2003: „Nur die Gemeinschaft bietet Schutz“.

Parteien wegverboden werden müssen, damit die Demokratie bestehen kann,¹⁸² die wiederum deshalb eine ist, weil dafür gesorgt ist, daß auch bei einer Minderheitsposition die SPD-Ideologie politisch maßgebend ist.¹⁸³

Auch dieser ideologiepolitische Widersinn ist tief in der unbewältigten SPD-Historie verwurzelt, wie an *Moses Hess*¹⁸⁴ dargelegt werden kann. Der ideologische Lehrmeister von *Karl Marx* galt zu bestimmten Zeiten als der eigentliche Gründer¹⁸⁵ der deutschen Sozialdemokratie. Dieser „Kommunisten-Rabbi“ (so *Arnold Ruge*) sollte sich allerdings zu einem radikalen jüdisch-nationalen Sozialisten wandeln, der die Überzeugung zum Ausdruck brachte, daß der „Rassenkampf dem Klassenkampf“ vorgehe, weshalb er die Schaffung eines jüdischen Nationalstaates mit messianischer Verve erstrebte und somit zum anerkannten Vorläufer des Zionismus geworden ist: „Moses Hess, widely known and respected as one of the first socialists in Germany, subsequently revealed himself as an extreme Jewish racist, whose views about the pure Jewish race published in 1858 were not unlike comparable bilge about pure Aryan race. But the German socialists who struggled against German racism remained silent about their Jewish racism.“¹⁸⁶

Auch das sozialdemokratische Kampfinstrument Antisemitismusvorwurf offenbart mithin, was zur langjährigen sozialdemokratischen Verfolgung des Studienrates *Schmick* gesagt¹⁸⁷ worden ist, „der zwar kein Faschist sei, aber Faschismus betreibe“, nämlich „die faschistischen Wurzeln unseres Antifaschismus. Die Dialektik des 'Nie wieder' hat es in sich“: Der Anti-Rechts-Kampf ist dementsprechend von einem latenten Antisemitismus geprägt, weil „rechts“ in einer Weise definiert wird, daß damit jederzeit das Judentum verurteilt werden könnte.¹⁸⁸ Die totalitäre Mentalität kommt etwa in der parteipolitischen Inpflichtnahme des freien Journalismus zum Ausdruck, wonach die verkündete Objektivität des Journalismus „im Dienste des Grundkonsenses unserer Verfassung“ „parteilich“¹⁸⁹ seine Grenze findet. Mit „unserer Verfassung“, die erkennbar für „rechts“, also für Verbotskandidaten nicht ohne weiteres gelten soll (sie sind ja offenbar nicht Teil der „Demokratie unser“), ist ein auf sozialdemokratische Ideologieanliegen reduziertes „VS“-Grundgesetz im Sinne der DDR-Verfassung von 1949¹⁹⁰ gemeint, bei dem methodisch nicht die Garantie der Meinungsfreiheit nach Artikel 5 GG, wie er im Lichte des Artikels 118 WRV verstanden werden muß, maßgeblich ist, sondern Meinungsfreiheit methodisch entsprechend Artikel 27 der *Ulbricht*-Verfassung der DDR von 1968 praktiziert werden muß, der dieses für eine freie Demokratie schlechthin konstituierende Recht durch „Verfassungsprinzipien“ beschränkt, d.h. für Nicht-Sozialisten abgeschafft hat.

¹⁸² S. dazu den 7. Teil der Serie zur Parteiverbotskritik: **Parteiverbot als Bewältigungsaufgabe. Die Deutschen als demokratieuntaugliches Volk** <https://links-enttarnt.de/wp-content/uploads/2023/03/VerbKrit7Vorsp.pdf>

¹⁸³ Die radikale, wenngleich Merz-opportunistische Linkswendung der CDU mit Gehorsamsbereitschaft gegenüber der Linksideologie macht dies möglich; s. dazu den 18. Teil der Serie zur Sozialismusbewältigung: **Rückkehr des Sozialismus durch die Christdemokratie?**

<https://links-enttarnt.de/wp-content/uploads/2025/02/SoziBwltg-XVIII-CDU-Sozialism.pdf>

¹⁸⁴ S. https://de.wikipedia.org/wiki/Moses_Hess

¹⁸⁵ So *Zwi Rosen*, *Moses Hess und Karl Marx. Ein Beitrag zur Entstehung der Marxschen Theorie*, 1983, der auf S. 187 abschließt: „Mit Recht ließen deshalb seine Freunde in der SPD auf seinem Grabstein im Friedhof zu Deutz bei Köln die Inschrift einmeißeln: Hier ruht der Vater der deutschen Sozialdemokratie.“

¹⁸⁶ S. *Israel Shahak*, *Jewish History, Jewish Religion. The Weight of Three Thousand Years*, 1994, S. 30.

¹⁸⁷ S. den Leserbrief von Professor *Alexander Schuller*, *Dialektik des Antifaschismus*, in: *FAZ* vom 18.07.2005, S. 11.

¹⁸⁸ S. dazu den 6. Teil der Serie zum Parteiverbotssurrogat: **Bundesdeutscher „Kampf gegen rechts“ als (latenter) Antisemitismus** https://links-enttarnt.de/wp-content/uploads/2020/09/Parteisurrogat_Teil-6.pdf

¹⁸⁹ S. Nr. 13 der totalitären „Leitlinien für den Umgang mit Rechtstextremisten“.

¹⁹⁰ Daß diese linksextreme Grundgesetz-Imitation ohnehin die eigentliche Verfassung der politischen Linken darstellt wird im 8. Teil der Serie zum Parteiverbotssurrogat weiter ausgeführt: **Die heimliche Verfassungskonzeption der deutschen VS-Linken (und Mitte?): Die DDR-Verfassung von 1949** https://links-enttarnt.de/wp-content/uploads/2020/09/Parteisurrogat_Teil-8.pdf

Diese „parteilichen“ Verfassungsprinzipien einer extrem durch den Erlass etwa von Gleichstellungsgesetzen diskriminierenden Antidiskriminierungspolitik¹⁹¹ ergeben sich aus einer rassistoiden „Vergangenheitsbewältigung“, die „rechts“ mit „Auschwitz“¹⁹² (aber nicht „links“ mit „GULag“, politisch induziertem Massenhungertod und „allgemeinem Zuchthaus“) gleichsetzt und der Sozialdemokratie eine ideologie-politische Vorrangstellung einräumen soll, die zumindest informell der förmlichen Vorrangstellung der „Arbeiterpartei“ und ihrer Ideologie im DDR-Regime demokratisch entsprechen soll. Eine förmliche Imitation des DDR-Regimes wäre jedoch unvermeidbar Folge¹⁹³ der antiparlamentarischen Maßgabe, wonach „rechtsextreme Parlamentarier ... keine Politiker wie alle anderen“ sind „und ... auch nicht als solche behandelt werden“ dürfen. Wenn man sich aber vorstellt, daß diese Parlamentarier bei freien Wahlen (solange man diese zuläßt) und nicht durch verfassungswidrige „Verbotsdiskussionen“ (Verbotsdrohungen)¹⁹⁴ und Verbotsverfahren wegverbietet, vom Volk vielleicht die Mehrheit bekommen könnten, muß diese SPD-Maßgabe notwendigerweise auf die Option „Volksdemokratie“ hinauslaufen, die ihre Diktatur unter Einschluß des „antifaschistischen Schutzwalls“ mit demokratischer Ideologie rechtfertigt, womit man wiederum zu den ideologischen Wurzeln der Sozialdemokratie zurückgekehrt wäre.

Institutionelle Folgerungen

Die Betrachtung der Sozialdemokratie nach „VS“-Methodik macht wegen der ideologischen Ambivalenz der SPD, bei der Antisemitismusvorwürfe mit latentem Antisemitismus einhergeht und Demokratieabfall mit demokratischen Bekenntnissen kaschiert werden kann, die Dringlichkeit der Einlösung des Versprechens von Staatssekretär *Ritter von Lex*¹⁹⁵ deutlich, der bei der Lesung des Bundesverfassungsschutzgesetzes angekündigt hatte, „daß es für die Tätigkeit des Verfassungsschutzes keine sakrosankten Bereiche geben dürfe. Im Rahmen ihrer prinzipiellen Aufgabenstellung gegenüber ‘allen Feinden der Demokratie’ dürften diese Behörden ‘auch nicht davor zurückschrecken, in den Reihen der Regierungsparteien hineinzuleuchten.“¹⁹⁶ Dieses rechtsstaatlich zwingend gebotene Versprechen, das deswegen schon nicht besonders glaubwürdig ist, weil es ausdrücklich hervorgehoben wurde,¹⁹⁷ dürfte in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, selbst im Spionagebereich nie wirklich eingelöst worden sein. Dabei ist doch offensichtlich, daß eine wirkliche Gefahr für den Bestand der Verfassungsordnung, von offenen und bewaffneten „Widerstandsgruppen“ abgesehen, die

¹⁹¹ S. zur Begründung der weltanschaulichen Diskriminierung beim Erlass des Antidiskriminierungsgesetzes: BT-Drs. 16/2022 zu Nr. 4 Buchstabe a, S. 13.

¹⁹² S. Nr. 1 der Leitlinien, die martialisch mit „sechzig Jahre nach Auschwitz“ beginnen, wonach man es wieder mit „Neonazis und Rechtsextremisten“ zu tun habe; die Aufzählung belegt, daß mit „Rechtsextremisten“ nicht (nur) „Neonazis“ gemeint sein können, d. h. man will mit „Auschwitz“ ein ganzes konkurrierendes politisches Spektrum ausschalten!

¹⁹³ S. Nr. 4 der Leitlinien: „Distanz halten!“

¹⁹⁴ S. dazu den 25. Teil der Serie zum Parteiverbotssurrogat: „**Verbotsdiskussion“ als verfassungswidrige Vorwirkung des Parteiverbots** <https://links-enttarnt.de/kritik-des-parteeiverbotssurrogats-teil-25>

¹⁹⁵ S. https://de.wikipedia.org/wiki/Hans_Ritter_von_Lex

¹⁹⁶ S. *Walter Imle*, Zwischen Vorbehalt und Erfordernis: Eine Studie zur Entstehung des nachrichtendienstlichen Verfassungsschutzes nach 1945, 1984, S. 158.

¹⁹⁷ Es würden sich erhebliche Zweifel am Vorliegen rechtsstaatlicher Verhältnisse ergeben, wenn bei einer parlamentarischen Beratung der Strafgesetzgebung ausdrücklich hervorgehoben würde, daß Strafverfahren auch gegen Mitglieder der im Bundestag vertretenen Parteien eingeleitet werden können, da sich dies wohl von selbst versteht. Beim „Verfassungsschutz“ ist dies deshalb anders, weil es propagandistisch hervorgehoben wird!

selbstverständlich polizeilich und sogar erforderlichen Falles militärisch zu bekämpfen sind, doch nur von etablierten politischen Kräften ausgehen kann, zu denen an prominenter Stelle die SPD gehört.

Die weltanschauliche Neutralität des Rechtsstaats gebietet zumindest eine an den Kriterien der freiheitlichen demokratischen Grundordnung ausgerichtete Auflistung in sog. „Verfassungsschutzberichten“, was erkennbar zur Folge hätte, daß zumindest bei Anwendung der üblichen Methodik des „Verfassungsschutzes“ gegen rechts, man nicht umhin kommen wird, auch die Sozialdemokratie (SPD) in den Verfassungsschutzbericht zu bringen! In der bundesdeutschen Verfassungswirklichkeit ist deshalb eine erhebliche Lücke in Verfassungsschutzberichten festzustellen: Diese Lückenpolitik ist gegen das Mehrparteienprinzip und den Meinungspluralismus gerichtet und beeinträchtigt die Chancengleichheit von Oppositionsparteien und ist damit letztlich gegen freie Parlamentswahlen gerichtet!

Die Demokratie in der Bundesrepublik ist daher von der Sozialdemokratie in einer Weise gefährdet, daß sich nunmehr die Frage der Verbotsdiskussion stellen müßte: Sollte die SPD zum Schutze der Demokratie einem Verbotsverfahren zugeführt werden?

Hinweis:

Beim vorliegenden Text handelt es sich um eine überarbeitete Fassung von Kapitel C. V. des von *Josef Schußburner* / *Hans-Helmuth Knütter* herausgegebenen „Alternativen Verfassungsschutzberichts“ mit dem Titel: Was der Verfassungsschutz verschweigt. Bausteine für einen Alternativen Verfassungsschutz-Bericht.¹⁹⁸ Die ursprüngliche Fassung des entsprechenden Kapitels ist in der Buchfassung auf den Seiten 475 bis 508 nachzulesen.

Gerade das vorliegende Kapitel dieses Alternativen Verfassungsschutzberichts hat für den Verfasser auch eine persönliche Bewandnis. Wie seiner Anfang 2025 erschienen politische Biographie

Als Rechtsabweichler im Ministerium.

Befragung zu besonderen Demokratieerlebnissen

<https://www.gerhard-hess-verlag.de/>

¹⁹⁸ Die einzelnen Kapitel mit ergänzenden Kapiteln sind teilweise überarbeitet auf vorliegender Website online gestellt: <https://links-enttarnt.de/inhaltsverzeichnis-alternativer-verfassungsschutz>



zu entnehmen ist, war der Verfasser in seiner politischen Jugendzeit über zehn Jahre Mitglied der SPD.¹⁹⁹ Auf die vom Interviewpartner *Bernd Kallina* im Buch gestellten Frage, ob er wie vom Bundestagskommunismus in einer parlamentarischen Anfrage gegen ihn behauptet „verfassungsfeindliche Ansichten“ vertreten würde, meint der Verfasser, daß er sich allenfalls zur Zeit seiner SPD-Mitgliedschaft als „Verfassungsfeind“, wenngleich nur im ideologischen Sinne entsprechend der BRD-Konzeption von „Verfassungsschutz“, einordnen könnte. Die Art der Verfassungsfeindlichkeit, um die es dabei geht, ist im vorstehenden Beitrag aufgezeigt, einer Verfassungsfeindlichkeit, die wegen der Machtstellung der SPD in Verfassungsschutzberichten nicht aufgezeigt wird. Dieses Aufzeigen muß daher als Bewältigungsarbeit bezüglich der SPD-Mitgliedschaft oppositionell vollzogen werden.

Im übrigen ist dem Buch zu entnehmen, daß zumindest bei dem schwerwiegendsten zweiten von insgesamt drei gegen die Verfasser wegen Ausübung der Meinungsfreiheit eingeleiteten Disziplinarverfahren als „Verfassungsfeindlichkeit“ etwas zum Vorwurf gemacht worden ist, welche Elemente der SPD-Ideologie zur „Verfassung“ hochstilisiert hat.

¹⁹⁹ S. als Beleg <http://spd-massing.de/unser-ortsverein/chronik/> (1972); diese Verlinkung scheint allerdings nicht mehr möglich ist sein, weil der Bezugsvorgang entfernt worden zu sein scheint: Eine Folge, daß seit Buchveröffentlichung des öfteren eine Verlinkung vorgenommen wurde und auch entsprechende Aufrufe stattgefunden haben? Warum sperrt sich die SPD gegen die Vergangenheitsbewältigung?